

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Berliner Staatssekretärin für Integration und Arbeit Kerstin Liebich und der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening haben am 22. Februar 2010 in London stellvertretend für den Berliner Senat die europäische Städtecharta „Integrating Cities“ unterzeichnet. In der Charta fordern u.a. die Städte London, Amsterdam, Stockholm, Kopenhagen, Oslo und Rom eine stärkere Mitsprache bei der Ausgestaltung der europäischen und nationalen Integrationspolitik ([Seite 4](#)).

„Die Berliner Härtefallkommission ist zu einer tragenden Säule einer an humanitären Gesichtspunkten ausgerichteten Aufenthaltspolitik geworden“ – dieses Fazit zieht der Integrationsbeauftragte Günter Piening mit Blick auf das 5-jährige Bestehen dieser Einrichtung. „Wenn man bedenkt, dass Berlin bundesweit gut ein Viertel der positiv beschiedenen Härtefälle stellt, dann lässt sich daraus ermessen, wie wichtig dieses Engagement für Menschen geworden ist, die durch das Netz der regulären Aufenthaltsregelungen nicht aufgefangen werden.“ Weitere Informationen zur Arbeit der Berliner Härtefallkommission ab [Seite 5](#) in dieser Ausgabe.

Am 15.03.2010 verleiht der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, den diesjährigen Preis der „Berliner Tulpe für den Deutsch-Türkischen Gemeinsinn“. Anmeldungen für den Festakt werden bis zum 05.03. im Büro des Integrationsbeauftragten entgegengenommen. Näheres hierzu auf [Seite 4](#).

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 31.03.2010.
Redaktionsschluss für die April-Ausgabe (Nr. 68) ist der 22.03.2010.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320, Martina Gembus, IntMig B 4, (030) 9017-2327 (Vertr.). Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html> . 01.03.2010 [1.522 | Jahrgang 27]

Der interkulturelle
Kalender für den
Monat März

1	Holifest
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	Internationaler Frauentag
9	
10	
11	
12	
13	
14	
15	
16	
17	St. Patrick
18	
19	Neujahrsfest
20	Iraner 1389, Afghanen 1389
21	Baha'i 167 u. a., Newroz 2622
22	
23	
24	
25	
26	
27	
28	Palmsonntag
29	
30	Pessachfest
31	

Integrationsbeauftragter aktuell

Einladung: Berliner Tulpe 2010. Preisverleihung am 15. März im Roten Rathaus	
Anmeldungen bis: 05.03.20104
Startet in Kürze: Aktionsprogramm „Integration und Ausbildung“4
Europäische Hauptstädte unterzeichnen die Charta zu „Integrating Cities“4
5 Jahre Berliner Härtefallkommission: Mitglieder und Integrationsbeauftragter ziehen positive Bilanz5
Senatorin Bluhm: "Gute Arbeit muss gut bezahlt werden!"7
Öffnungszeiten der Dienststelle des Berliner Integrationsbeauftragten8

Aus dem Landespressedienst

Broschüre in "Leichter Sprache" erschienen: "Was tun bei sexueller Gewalt?"9
DVD informiert erstmals in Gebärdensprache über häusliche Gewalt: Besserer Schutz für gehörlose Frauen9
"Ratgeber für Menschen mit Behinderung" als Audio-Version erschienen10
5. Todestag von Hatun Sürücü: Für ein Leben ohne Gewalt10
Moses-Mendelssohn-Preis ausgeschrieben11
Wowereit würdigt interkulturellen Dialog im Schillerkiez11
Türkische Juristendelegation zu Gast in Berlin. Bahçesehir-Universität eröffnet Kontaktbüro11
Berliner Bildungsprogramm für die offene Ganztagsgrundschule: Viele wichtige Anregungen und anschauliche Beispiele aus der Praxis12
Erster Berliner Gender Datenreport geht online13
Initiative zur Akzeptanz sexueller Vielfalt: umfassende Maßnahmen beschlossen13
Bleiberecht für Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis auf Probe verlängert13
Erster Berliner Gender Datenreport im Internet veröffentlicht: Aktuelle Daten zur Situation von Frauen und Männern14
Aufruf zum 10. Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag im Land Berlin am 22. April 201015
Senat sichert die Finanzierung des Jüdischen Film Festivals 201015

Anfragen an den Senat

„Tandemprojekte ein Gewinn für die Integration von Migranten?“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite16
---	---------

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis: Berliner Europaportal und Europa-Newsletter17
Neues EU-Recht beim Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten17
Europäischer Integrationsfond: Zusatzausschreibung (EU-Kommission). Frist: 03.03.201018
ERF: Ausschreibung 2010. Frist: 15.04.201018
EIF: Ausschreibung 2010. Frist: 15.04.201019
EFF: Ausschreibung 2010. Frist: 31.03.201019
2.659 Asylanträge im Januar 201020
Unanfechtbar: Abgeschobener Iraker muss aus Griechenland zurückgeholt werden20

Workshops/ Tagungen

17.03., Tagung: Demenz und Migration21
--------------------------------------	---------

Qualifizierungen

Seminarreihe: Interkulturelle Kompetenz für Polen22
Fortbildung: Interkulturelle(r) Begleiter(in) der Kinder- und Jugendarbeit. Nächster Einstiegstermin: 17. März 201022
Ab 12.04.: LIFE e. V: Mit Energie in die berufliche Zukunft. Qualifizierung für Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund. Anmeldung ab sofort möglich.23
IKB: Interkulturelle Berufsberatung. Beratung und Orientierung für Migrantinnen über 2523
Ab 1.09.2010, Stiftung Naturschutz Berlin: Freiwilliges Ökologisches Jahr. Helfen und Lernen im Natur- und Umweltschutz Bessere Chancen für Ausbildung und Beruf. Bewerbungen ab sofort möglich!24

Qualifizierungen

TUH e.V., Qualifizierung: Kindererziehungshelfer/-in“. Fortbildung startet am 03.05.201025
FES: Kompetenztraining für politisches und bürgerschaftliches Engagement - für Berlin-Brandenburger26

Initiativen

09.03.: Lohn einklagen ohne Aufenthaltsstatus? Der Arbeitskreis Undokumentierte Arbeit bei Verdi stellt sich vor.26
Ab März 2010 für Schulklassen/ Jugendgruppen: 7 x ^{jung} – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt. Das Ausstellungsprojekt von Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland26
Ausstellung durch Neonazi-Brandanschlag zerstört Spendenaufwurf für den Wiederaufbau der Ausstellung »Residenzpflicht – Invisible Borders«27

Aus Projekten und Vereinen

MRBB, Aufruf: Erstellung eines Landesaktionsplanes gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR). Frist: 05.03.201028
Jugendmigrationsdienste: Information zur Hochschulberatung. Wechsel des Beratungsbereichs der Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) zu den Jugendmigrationsdiensten (JMD)29
MuTeS, neu: „Türkischer Dienstag“ beim Muslimischen SeelsorgeTelefon30
AWO Begegnungszentrum: Programm März 201030
ARKASU e.V., Gesundheitsetage: Programm für das Jahr 201031
Mediathek der RAA Berlin: Neue Projektkoffer zu den Themen Islam und Sinti und Roma32
Bayouma-Haus der Arbeiterwohlfahrt: Programm März 201033

Veranstaltungen

März 2010, Literatur im Haus der Kulturen der Welt: WortWelten/ Literarischer Salon – International34
05.03., FES: Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ... zur Integration! Erfahrungen und Erwartungen von Frauen an Politik und Gesellschaft34
05.03., szenische Lesung im HAU1: Berliner Prozess 1921 Projekt : „Gemeinsame Vergangenheit: Deutschland, Armenien und die Türkei“35
Ab 06.03., Ausstellung: "Blick zurück nach vorn". Ausstellung des Goethe-Instituts Belgrad in der Galerie im Saalbau Neukölln. Begleitende Schülerführungen zur Ausstellung35
15.03., Aktionswoche gegen Rassismus: Gesicht Zeigen! Salon anlässlich der Aktionswoche gegen Rassismus. "Spielzeugland" Filmvorführung und -gespräch36

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Seit Februar: Neuer Newsletter. Elektronische Informationen des Berliner Bündnisses gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung erhältlich36
EPIZ Berlin: Neues Bildungsmaterial. DVD "Oury Jalloh" und didaktisches Material "Flucht und Asyl"37
Bayouma-Haus: Mehrsprachiger Impfkalendar erschienen37
Infobrief der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung37
Zum Internationalen Frauentag. Tahereh Kadem Hojjati: Ich kenne dich, Frau!38

BERLİN

Vielfalt gewinnt!

Einladung:

BERLINER TULPE 2010

Preisverleihung am 15. März im Roten Rathaus

Anmeldungen bis: **05.03.2010**

Am 11. Januar hat die Jury der Berliner Tulpe für den Deutsch-Türkischen Gemeinsinn getagt und unter 28 Bewerbungen die Preisträger ausgewählt. Der Jury gehören an:

- Herr Günter Piening,
Juryvorsitzender, Integrationsbeauftragter des Senats
- Frau Aydan Özoguz,
(MdB) Körber-Stiftung
- Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth,
Bundestagspräsidentin a. D
- Herr Edzard Reuter,
ehem. Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG
- Frau Reinhild Winkler,
ehem. Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Berlin
- Herr Friedrich Moll,
ehem. Moderator der Abendschau
- Herr Nihat Sorgeç,
BWK BildungsWerk in Kreuzberg GmbH
- Herr Bahattin Kaya,
Kaya Reisen GmbH
- Herr Murat Topal,
Comedien
- Frau Prof. Dr. Pakize Schuchert-Güler,
Professorin an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin

Die Berliner Tulpe ist ein Preis von Radyo Metropol FM, der BWK BildungsWerk in Kreuzberg GmbH, der Werkstatt der Kulturen, der Senatskanzlei Berlin und dem Beauftragten des Senats für Integration und Migration im Wert von 10.000 Euro, gestiftet von der Körber-Stiftung, der bereits zum 4. Mal in Berlin ausgeschrieben wurde.

Die Jury hat auch in diesem Jahr entschieden den Preis zu teilen, so dass der Regierende Bürgermeister von Berlin, Herr Klaus Wowereit in diesem Jahr am Montag den 15. März 2010 um 18.00 Uhr im Berliner Rathaus im großen Saal zwei Preise überreichen wird.

Wir freuen uns auch in diesem Jahr, recht viele Akteure, die sich mit uns gemeinsam dem Deutsch-Türkischen Gemeinsinn widmen, begrüßen zu können, da der anschließende Empfang Gelegenheit zum Austausch bietet.

Bitte teilen Sie uns – Edith.Tomaske@intmig.berlin.de - bis spätestens Freitag den 05. März 2010 16.00 Uhr per E-Mail mit, ob Sie an der Preisverleihung teilnehmen möchten.

Startet in Kürze:

AKTIONSPROGRAMM

„INTEGRATION UND AUSBILDUNG“

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales legt in Kürze bis Ende 2011 ein Aktionsprogramm „Integration und Ausbildung“ auf. Ziel des Aktionsprogramms ist es, Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich in einer Ausbildung befinden, sowie Ausbildungsbetriebe gezielt zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Sicherung des Ausbildungserfolgs zu leisten. Für das Aktionsprogramm bewerben können sich Tandems bzw. kleine Entwicklungspartnerschaften, bestehend aus Regelinstitutionen, Nichtregierungsorganisationen sowie Unternehmen, wobei mindestens ein Partner eine Migrantenselbstorganisation sein muss. Ein Aufruf zur Einreichung von Interessenbekundungen findet sich in Kürze auf den Internetseiten des Beauftragten für Integration und Migration

<http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

sowie der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales unter

<http://www.berlin.de/sen/arbeit/index.html>.

EUROPÄISCHE HAUPTSTÄDTE UNTERZEICHNEN DIE CHARTA ZU „INTEGRATING CITIES“

Die Berliner Staatssekretärin für Integration und Arbeit Kerstin Liebich und der Berliner Integrationsbeauftragte Günter Piening haben am 22. Februar 2010 in London stellvertretend für den Berliner Senat die europäische Städtecharta „Integrating Cities“ unterzeichnet. In der Charta fordern u.a. die Städte London, Amsterdam, Stockholm, Kopenhagen, Oslo und Rom eine stärkere Mitsprache bei der Ausgestaltung der europäischen und nationalen Integrationspolitik.

Die europäischen Metropolen sehen im gleichberechtigten Zugang zu den Dienstleistungen des Staates für Migrantinnen und Migranten und der Ächtung jeder Form von Diskriminierung die Säulen einer erfolgreichen Integrationspolitik.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)*

In der Charta verpflichten sie sich, mehr Migrantinnen und Migranten im Öffentlichen Dienst einzustellen und damit ihrer Verantwortung für ein kulturell und ethnisch vielfältiges Gemeinwesen nachzukommen. Weiterhin wollen sich die Städte für einen gleichberechtigten Zugang von Migrantinnen und Migranten zu Wohnraum, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Sozial- und Pflegeleistungen sowie Bildung einsetzen. Zudem planen sie, den Grundsatz kultureller Vielfalt bei Ausschreibungen an externe Dienstleister zur Bedingung zu machen – ein Aspekt der Diversitätspolitik, der in Deutschland bislang kaum beachtet wurde.

Die Charta findet sich auf der Homepage des Berliner Integrationsbeauftragten unter

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migrati-on/presse/integrating_cities_charter_deutsch_bf.pdf

sowie unter <http://www.integratingcities.eu>.

5 JAHRE BERLINER HÄRTEFALLKOMMISSION: Mitglieder und Integrationsbeauftragter ziehen positive Bilanz

„Die Berliner Härtefallkommission ist zu einer tragenden Säule einer an humanitären Gesichtspunkten ausgerichteten Aufenthaltspolitik geworden“ – dieses Fazit zieht der Integrationsbeauftragte Günter Piening mit Blick auf das 5-jährige Bestehen dieser Einrichtung. „Wenn man bedenkt, dass Berlin bundesweit gut ein Viertel der positiv beschiedenen Härtefälle stellt, dann lässt sich daraus ermesen, wie wichtig dieses Engagement für Menschen geworden ist, die durch das Netz der regulären Aufenthaltsregelungen nicht aufgefangen werden.“ Im vergangenen Jahr wurde in Berlin in 134 Fällen positiv entschieden; dadurch erhielten 237 von Abschiebung bedrohte Personen eine Aufenthaltserlaubnis. In den letzten fünf Jahren haben in Berlin 1843 Personen durch die Arbeit der Härtefallkommission einen Aufenthaltstitel erhalten.

Für Piening ist der Erfolg der Berliner Härtefallkommission vor allem das Ergebnis des Engagements der zumeist ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Härtefallkommission. Piening: „Intensive Aufbereitung eines Falls, umfangreiche Beratung der Betroffenen und die oft aufwendige Klärung von Hintergründen, etwa durch Kontaktaufnahme zu Schulen oder Ärzten, sind Voraussetzung für erfolgreiche Härtefallanträge.“ Hervorzuheben sei auch die große psychische Belastung vor allem, wenn den Antragstellern mitgeteilt werden muss, dass der Antrag nicht erfolgreich war.

Härtefallkommissionen gibt es in allen Bundesländern, auch wenn sie in manchen erst nach langem Widerstand eingerichtet wurden. Solche Bedenken haben sich aber inzwischen überall zerstreut.

Seit 2005 haben die Bundesländer die Möglichkeit, in Fällen von humanitären Härten Menschen, denen die Abschiebung droht, ein Aufenthaltsrecht zu geben. Berlin stellte damals umgehend die schon seit 1990 bestehende Härtefallkommission auf die neue gesetzliche

Grundlage um (§ 23 a Aufenthaltsgesetz). In der Kommission werden Härtefälle aus humanitären Gründen beraten und dem Innensenator zur Entscheidung vorgelegt. Mitglieder der Härtefallkommission sind Vertreter der Kirchen, der Liga der Wohlfahrtsverbände, des Flüchtlingsrates, des Migrationsrates, der Senatsfrauenverwaltung sowie des Integrationsbeauftragten. Die Geschäftsstelle ist bei der Innenverwaltung eingerichtet. Die Härtefallkommission kann mit 2/3-Mehrheit ein Härtefallersuchen beim Innensenator stellen, bei dem dann die endgültige Entscheidung über Abschiebung oder Aufenthalt liegt.

„Die Härtefallkommission kann Defizite des Ausländerrechts abdämpfen und in ansonsten ausweglosen Situationen helfen“, so Piening. „Etwa wenn Menschen kurz vor der Abschiebung stehen, nachdem sie lange und erfolglos vor Gerichten versucht haben, einen Aufenthalt für sich zu erlangen. In der Zwischenzeit sind nicht selten Kinder herangewachsen, die hier die Schule besuchen und hier sozialisiert sind.“ In den fünf Jahren ihres Bestehens wurden die Ersuchen der Berliner Härtefallkommission in 679 Fällen positiv vom Innensenator beschieden. Da es oft um Familien mit Kindern geht, profitieren mehr Menschen von einem positiven Votum als es die Fallzahl vermuten lässt: 1843 Personen ermöglichte diese Entscheidung die Gewährung eines Aufenthaltstitels.

Nach einer Auswertung von amnesty international entfällt von den bundesweit positiv beschiedenen Härtefällen ein gutes Viertel auf Berlin. Amnesty: „Verglichen mit der Bevölkerungsdichte eines Bundeslandes ist auch hier signifikant, dass Berlin (gefolgt vom Saarland und Thüringen) proportional die meisten und Niedersachsen (sowie Bayern und Mecklenburg-Vorpommern) die wenigsten Härtefälle aufgenommen haben.“

Durch die Neuregelung des Bleiberechts für langjährig geduldete Personen sanken ab 2007 zunächst die Fälle, die der Härtefallkommission zur Beratung vorgelegt wurden. Der Trend kehrte sich im vergangenen Jahr allerdings wieder um. In Fällen, in denen das neue Bleiberecht nicht greift, bleibt oft nur die Möglichkeit, die Härtefallkommission anzurufen. Für Piening ist das erneute Ansteigen der Fallzahlen auch ein Indiz, dass die Bleiberechtsregelungen nach wie vor zu restriktiv sind, um zu einer wirklichen Abschaffung der Kettenduldung zu kommen.

Als positiv sieht der Integrationsbeauftragte, dass die Arbeit der Berliner Härtefallkommission inzwischen nicht mehr gefährdet ist: Das ursprünglich im Zuwanderungsgesetz vorgesehene Auslaufen des Härtefallverfahrens zum 31.12.2009 wurde durch eine Gesetzesänderung in der Form aufgehoben, dass nunmehr § 23 a Aufenthaltsgesetz unbegrenzt Gültigkeit hat.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell

(Fortsetzung)

Das bedeutet, dass die Arbeit der Berliner Härtefallkommission nunmehr auch aufgrund der daher entsprechend entfristeten Berliner Härtefallkommissionsverordnung dauerhaft gesichert worden ist.

Dass die Härtefallkommission auch als wichtiger Puffer wahrgenommen wird, aufenthaltsrechtliche Härten abzufedern, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Ausländerbehörde in sonst ausweglosen Fällen Betroffene auf die Möglichkeit hinweist, sich an die Härtefallkommission zu wenden.

Möglich ist dies allerdings nur in humanitären Härtefällen. Liegt etwa eine Ausweisung wegen schwerer Straftaten oder auch terroristischer Vorwürfe vor, kann die Härtefallkommission nicht tätig werden. Auch müssen Gründe vorgebracht werden, die nicht bereits im Asylverfahren geltend gemacht wurden.

Weitere Informationen enthält ein Informationsblatt, das die Mitglieder der Härtefallkommission 2009 veröffentlicht haben und unter

<http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/recht/index.html>

als pdf-Datei zu erhalten ist.

Beispiele für erfolgreich umgesetzte Empfehlungen der Härtefallkommission:

1. Geschwister M., 12, 14, 17 und 19 Jahre alt aus dem Libanon

Aufgrund der schweren Straftaten des Vaters, der seit mehreren Jahren in der JVA Tegel inhaftiert ist, wurde der zunächst erteilte Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen aufgrund der Straftaten auch für die Kinder weiterhin nicht verlängert. Die Kinder erhielten fortlaufend Duldungen, die ihnen auch nicht erlaubten, eine Ausbildung zu absolvieren. Das Ersuchen der Härtefallkommission wurde aufgegriffen und allen Geschwistern eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a Aufenthaltsgesetz erteilt mit der Maßgabe, den Schulbesuch fortzusetzen bzw. eine Ausbildung zu absolvieren.

2. Die 18- und 16-jährigen tunesischen Schwestern K. wurden in Berlin geboren und wuchsen hier zunächst bei ihren Eltern auf. Nachdem sich 1994 die Eltern getrennt hatten, verbrachte der Kindesvater die Kinder aus Rache an seiner Ehefrau nach Tunesien. Sämtliche Versuche der Kindesmutter – auch mit Hilfe der tunesischen Gerichte, die Kinder zurück nach Berlin zu holen, waren erfolglos. Die Kinder wuchsen bei der Großmutter, die inzwischen 94 Jahre alt ist, auf. Im Juni 2008 gelang es den Schwestern, mit einem Touristenvisum einzureisen. Nach Ersuchen der Härtefallkommission wurde beiden Mädchen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 a Aufenthaltsgesetz erteilt mit der Maßgabe, dass der regelmäßige Schulbesuch nachgewiesen und anschließend eine Berufsausbildung aufgenommen oder die Schulausbildung weitergeführt wird.

3. Die Familie B. aus dem Libanon war 1990 mit zwei Kindern eingereist und stellte hier einen Asylantrag. Zwei weitere Kinder wurden hier geboren. 2002 erhielten alle Familienmitglieder nach der im November 1999 von der Innenministerkonferenz beschlossenen Bleiberechtsregelung einen Aufenthaltstitel. Weil es in der Folgezeit nicht gelang, den Lebensunterhalt vollständig zu sichern, wurde die Familie bis auf die beiden älteren Kinder, die bereits im Besitz einer Niederlassungserlaubnis waren, unter Androhung der Abschiebung zur Ausreise aufgefordert. Dabei hatte sich der Vater um die Sicherung des Lebensunterhalts bemüht, doch das Einkommen reichte nicht aus. Die Mutter ist wegen einer schwerwiegenden Erkrankung nicht erwerbstätig. Die Familie engagierte sich vorbildlich in der Nachbarschaft, was von diversen Einrichtungen bestätigt wurde. Nunmehr konnte dem Ersuchen der Härtefallkommission gefolgt werden und eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Aufenthaltsgesetz in der Form erteilt werden, dass der Familienvater zumindest zum Lebensunterhalt beiträgt.

4. Frau G. aus den Philippinen, lebt seit 1987 ohne jeglichen Aufenthaltsstatus in Deutschland; 1997 wurde die Tochter hier geboren. Frau G. arbeitete bei unterschiedlichen Botschaften und in Privathaushalten, wo sie nur geringen Lohn, wenn überhaupt, in bar erhielt; sie war weder kranken- noch sonst sozialversichert. Die Tochter geht außerordentlich erfolgreich (Notendurchschnitt 1,5) zur Grundschule und erhielt die Gymnasialempfehlung. Das einstimmige Ersuchen wurde vom Innensenator mit der Auflage, den Lebensunterhalt für sich und die Tochter vollständig zu erarbeiten, umgesetzt.

5. Herr C. aus Israel, geb. 1944, kam 2002 mit seiner Ehefrau besuchsweise nach Berlin. Beide blieben wegen Pflegebedürftigkeit nach Ablauf des 3-monatigen touristischen Aufenthalts hier bei der Tochter. 2009 starb die Ehefrau, und im Zusammenhang mit der Beerdigung wurde der unerlaubte Aufenthalt der Ausländerbehörde bekannt. Der beantragte Aufenthalt aus humanitären Gründen wurde abgelehnt. Herr G. sollte bei Androhung der Abschiebung ausreisen. Das einstimmige Ersuchen der Härtefallkommission wurde vom Innensenator mit der Auflage umgesetzt, dass die Tochter und deren Familie für den Lebensunterhalt einschließlich Krankenversicherung aufkommen.

6. Herr H. aus dem Irak, geb. 1981, lebt seit 2001 in Berlin; er erreichte hier den erweiterten Hauptschulabschluss und erarbeitete, da ihm mit der Duldung eine Beschäftigung erlaubt war, seinen Lebensunterhalt seit Anfang 2009. Das einstimmige Ersuchen wurde mit der Auflage, seinen Lebensunterhalt vollständig aus eigener Erwerbstätigkeit zu sichern, umgesetzt.

(Fortsetzung nächste Seite)

Integrationsbeauftragter aktuell*(Fortsetzung)***Beispiele für durch den Innensenator nicht umgesetzte Empfehlungen der Kommissionsmitglieder:**

1. Herr A., geb. 1990 in Guinea, lebt seit 2005 in Berlin und erreichte 2008 den Realschulabschluss. Über Jugendberufshilfe erhielt er eine Ausbildungszusage zum Mechatroniker, die er mangels Zugang zur Beschäftigung nicht antreten konnte. Er engagiert sich in Sport- und Musikvereinen aktiv. Das einstimmige Ersuchen der Härtefallmitglieder wurde nicht aufgegriffen.

2. Herr W., Palästinenser aus dem Libanon, geb. 1972, kam im Alter von wenigen Monaten mit seinen Eltern nach Berlin. Beide Eltern waren stark drogenabhängig; die Mutter starb 1983 an einer Überdosis, der Vater wurde 1986 abgeschoben. Herr W. war seit 1984 ebenfalls drogenabhängig und beging in diesem Zusammenhang mehrere Straftaten (Beschaffungskriminalität). In der Strafhaft legte er den erweiterten Hauptschulabschluss ab und begann eine Tischlerausbildung, die er aber nach Haftentlassung mangels Zugang zur Beschäftigung nicht fortführen durfte. Nach einer erfolgreichen Drogentherapie, deren Kostenübernahme erst gerichtlich durchgesetzt werden musste, ist er nun nachweislich clean und wird in einer Nachbetreuungseinrichtung betreut, die ihm, ebenso wie zahlreiche Praktikumsstellen, sehr gute Prognosen bescheinigen. Arbeitsplatzzusagen konnte er vorlegen. Das einstimmige Ersuchen wurde nicht umgesetzt. Herr W., der seit 37 Jahren in Berlin lebt, wird weiterhin als Palästinenser wegen Passlosigkeit nur geduldet werden.

3. Familie A., Ehepaar und vier Kinder, aus Jordanien lebt seit 1996 in Berlin. Die Aufenthaltserlaubnis nach der sogenannten Altfallregelung (§104 a Aufenthaltsgesetz) wurde abgelehnt, weil der Vater vor 12 Jahren zu einer Geldstrafe von insgesamt 120 Tagessätzen verurteilt wurde (Strafe ist inzwischen getilgt); die älteste Tochter, die inzwischen hier Architektur studiert, erhielt aufgrund der Heirat mit einem deutschen Staatsangehörigen eine Aufenthaltserlaubnis; die zweite Tochter wird 2010 das Abitur ablegen und möchte anschließend studieren. Die 1999 und 2000 geborenen Kinder besuchen sehr erfolgreich die Regelschule. Für beide Eltern liegen qualifizierte Arbeitsplatzangebote vor, die sie aber wegen fehlenden Zugangs zur Beschäftigung nicht annehmen können. Das einstimmige Ersuchen der Härtefallkommission wurde nicht umgesetzt.

Senatorin Bluhm:

"GUTE ARBEIT MUSS GUT BEZAHLT WERDEN!"

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

In Berlin ist die Arbeitslosigkeit im Februar nahezu konstant geblieben. Die Arbeitslosenquote lag im Berichtszeitraum bei 14,5 Prozent. Sie ist damit genauso hoch wie im Vormonat und liegt um 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Insgesamt waren 244.923 Berlinerinnen und Berliner arbeitslos gemeldet. Das sind 36 weniger als im Vormonat und 2.863 mehr als vor einem Jahr.

Im Dezember 2009 waren 1.120.900 Frauen und Männer in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Diese Zahl liegt um 15.800 über dem Vorjahreswert. Angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erklärt Berlins

Arbeitssenatorin Carola Bluhm: "Besorgniserregend ist weiterhin die Ausdehnung des Niedriglohnbereiches. Befristete und schlecht bezahlte Jobs haben deutlich zugenommen. Das ist ein Trend, dessen Ende nicht abzusehen ist und der jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genauso trifft wie ältere. Es ist nicht zu tolerieren, dass Menschen mit einer Vollzeitstelle von ihrem Einkommen nicht leben können und aufstockende Sozialleistungen beantragen müssen. 120.000 Berlinerinnen und Berlinern ergeht das so. Dabei ist der überwiegende Teil der im Niedriglohnbereich Arbeitenden durchaus gut ausgebildet. Das Problem ist nicht damit zu lösen, dass Transferleistungen gekürzt werden. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr gut bezahlte Arbeit in Berlin. So können Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte an sich binden und so kann das Image des hauptstädtischen Arbeitsmarktes insgesamt gesteigert werden. Sich einem branchenübergreifenden und flächendeckenden Mindestlohn zu verweigern, macht keinen Sinn und ist für mich eher eine kalkulierte Abwehrhaltung. Wenn Unternehmen keine existenzsichernden Löhne und Gehälter zahlen, müssen arbeitende Menschen staatliche Unterstützung beantragen. Das heißt, es werden Steuergelder ausgegeben, mit denen Unternehmen quasi subventioniert werden."

Mit unterdurchschnittlichen Erwerbseinkommen sind Studien zufolge insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, im Gastgewerbe sowie im Handel in Berlin konfrontiert. Auch im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie im Baugewerbe werden noch unterdurchschnittliche Einkommen gezahlt.

[PM IAS v. 25.02.2010]

Integrationsbeauftragter aktuell**ÖFFNUNGSZEITEN DER DIENSTSTELLE DES
BERLINER INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN****Öffnungszeiten der Migrantenberatungsstelle:**

Montag, Dienstag: 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Donnerstag: 09:00 Uhr bis 13:00 Uhr
und 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Mittwoch, Freitag: -keine Beratung-

Weitere Informationen zur Beratungsstelle
im Internet: <http://www.berlin.de/lb/intmig/beratung/>

**Öffnungszeiten
für Material- und Broschürenverkauf:**

Montag - Mittwoch: 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Donnerstag: 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Freitag: 08:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Adresse und Verkehrsverbindung:

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, 1. Obergeschoss.. Die Dienststelle ist barrierefrei erreichbar.

U-Bahn:

Linien 1 (U-Bhf. Kurfürstenstraße) und Linie 2 (U-Bhf. Bülowstraße oder Potsdamer Platz). Fußweg jeweils 8 bis 10 Minuten oder per Bus (M48/M85).

Bus:

M48, M85 Haltestelle "Potsdamer Straße/ Lützowstraße" vor dem Dienstgebäude, M29, Haltestelle "Potsdamer Brücke".

S-Bahn/ Bahn:

S 1, S2, S25; RE3, RE4, RE5: S-Bahnhof Potsdamer Platz. Fußweg ca. 10 Minuten oder per Bus (M48/M85).

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 29.01.2010, 10:30 Uhr
Frauen

Broschüre in "Leichter Sprache" erschienen:
"WAS TUN BEI SEXUELLER GEWALT?"

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Die neue Broschüre der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen "Was tun bei sexueller Gewalt? Wichtige Informationen für Frauen und Mädchen in Leichter Sprache" informiert über Hilfeangebote und Verhaltensweisen in Berlin bei sexueller Gewalt. Sie ist im Rahmen der Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms (GPR) entstanden und leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention sexueller Gewalt.

Der Text wurde in der sogenannten "Leichten Sprache" verfasst, um auch Mädchen und Frauen mit Lernschwierigkeiten anzusprechen und diese in einer für sie geeigneten Weise über sexuelle Gewalt und Hilfemöglichkeiten in Berlin zu informieren. Für sehbehinderte oder blinde Leserinnen steht die Broschüre in Brailleschrift zur Verfügung. Darüber hinaus ist sie im Internet zu finden. Die Broschüre ist in einer Auflagenhöhe von 17.000 Exemplaren erschienen und wird in Sonderschulen/Förderzentren, Wohneinrichtungen und Werkstätten sowie bei Beratungsstellen, Frauenprojekten, Bürgerämtern und den Behinderten- und den Gleichstellungsbeauftragten in Berlin verteilt. Sie wurde von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen in Kooperation mit dem Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V. und LARA sowie von Mensch zuerst - Netzwerk People First Deutschland e.V. für die Nutzung in Berlin.

Rückfragen: Stephan Schulz, Telefon: 9013-7418

Pressemitteilung vom 02.02.2010, 10:00 Uhr
Frauen

DVD informiert erstmals in Gebärdensprache über häusliche Gewalt:

BESSERER SCHUTZ FÜR GEHÖRLOSE FRAUEN

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Die DVD "Häusliche Gewalt ist nie in Ordnung" der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG e.V.) vervollständigt das neue verbesserte Hilfsangebot für gehörlose Frauen in Berlin - ein bundesweit einmaliges Konzept. Die untertitelten Gebärdensprachfilme in Deutscher Gebärdensprache (DGS) informieren über häusliche Gewalt und die möglichst barrierefreien Unterstützungsangebote, die gehörlose und schwerhörige Frauen in Anspruch nehmen können. Darüber hinaus werden Rechte von Gewaltopfern und Möglichkeiten der Polizei sowie die Berlinweiten Schutz- und Hilfsangebote erklärt.

Die 1.000 DVDs der ersten Auflage von "Häusliche Gewalt ist nie in Ordnung" können gegen eine normale Portogebühr von gehörlosen und schwerhörigen Frauen sowie den Einrichtungen bestellt werden, die mit ihnen arbeiten.

Zusätzlich werden die einzelnen Filme in Kürze auf der Homepage der BIG Koordinierung zum Download bereitgestellt. "Häusliche Gewalt ist nie in Ordnung" ist Teil eines Berliner Konzeptes, das den Schutz gehörloser Frauen vor Partnerschaftsgewalt verbessern soll: Seit Anfang vergangenen Jahres kann die Polizei von gehörlosen Menschen per Notruf-SMS verständigt werden.

Durch die Finanzierung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen war es möglich, einzelne Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen und Beratungsstellen mit gehörlosen gerechter Technik auszustatten und deren Mitarbeiterinnen in der Deutschen Gebärdensprache fort zu bilden.

Senator Harald Wolf: "Mit dieser DVD gehen wir einen wichtigen Schritt zur Barrierefreiheit der Frauenprojekte und verbessern deutlich die Informationen für gehörlose Frauen bei häuslicher Gewalt. Durch das Zusammenwirken von barrierefreien Informationen und der technischen Ausstattung der Schutz- und Beratungsstellen mit Gehörlosentechnik sowie die nun erworbene Gebärdensprachkompetenz verschiedener Mitarbeiterinnen dieser Projekte ist es uns gelungen, die Hilfen für gehörlose Frauen bei häuslicher Gewalt zu optimieren. Damit wird zugleich ein Ziel des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms umgesetzt."

"Für Frauen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, bieten wir seit Langem mehrsprachige Informationen an", so Patricia Schneider, Geschäftsführerin von BIG e.V., "Und auch für von Geburt an Gehörlose ist Deutsch wie eine Fremdsprache. Diese Sprachbarriere erschwert die Suche nach Hilfe. Deshalb war ein entsprechendes Angebot überfällig."

Tatsächlich ist die Deutsche Gebärdensprache eine anerkannte Sprache mit eigener Grammatik und regionalen Dialekten. Der Inhalt der Informationsfilme wurde von der AG "Schutzmaßnahmen für Frauen mit Behinderung" bei BIG erarbeitet und vom "Gebärdensprachwerk" in Hamburg in die Gebärdensprache übersetzt. Die DVD entstand unter Beteiligung des Gehörlosenverbandes Berlin e.V. und der Gesellschaft zur Förderung der Gehörlosen in Berlin e.V. Inhaltlich beteiligt waren außerdem die Polizei sowie verschiedene Berliner Frauenprojekte und die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Ansprechpartnerin: Patricia Schneider, BIG Koordinierung, Tel.: (0176) 49 62 99 29.

Rückfragen: Stephan Schulz, Telefon: 9013-7418

Aus dem Landespressdienst

Pressemitteilung vom 01.02.2010, 15:50 Uhr
Soziales

"RATGEBER FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG" ALS AUDIO-VERSION ERSCHIENEN

Das Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin teilt mit:

Die aktualisierte Hör-Version (Daisy-Format) der Broschüre "Berliner Ratgeber für Menschen mit Behinderung" steht blinden und schwer sehgestörten Menschen ab sofort zur Verfügung. Die CD wird im KundenCenter des Versorgungsamtes kostenlos ausgegeben oder bei einer schriftlichen Anfrage versendet. KundenCenter im Versorgungsamt:

Sächsische Straße 28
10707 Berlin-Wilmersdorf
Öffnungszeiten:
Mo, Di 9.00-15.00 Uhr
Do 9.00-18.00
Fr. 9.00-13.00 Uhr.

Außerdem wurden auf den Internet-Seiten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo) die Inhalte der Seiten "Menschen mit Behinderung" und "Arbeit und Behinderung" als Hör-Version im mp3-Format eingestellt. Mit dieser Audio-Version ist es auch Menschen ohne Sehvermögen möglich, einen barrierefreien Überblick über das Schwerbehindertenrecht zu erhalten. Erläutert werden das Anerkennungsverfahren für den Schwerbehindertenstatus und die möglichen Nachteilsausgleiche. Das Spektrum der angebotenen Themen reicht von Personenbeförderung, Steuervorteilen über Mediennutzung bis Kinder- und Jugendhilfe. Es werden aber auch Informationen über die vielfältigen Hilfen, Institutionen und Angebote für Menschen mit Behinderung in Berlin gegeben. Die gesamte Hör-Broschüre "Berliner Ratgeber für Menschen mit Behinderung" finden Sie auf

<http://www.berlin.de/lageso/behinderung/ratgeber.html>

einzelne Teile auf den jeweils passenden Seiten.

Rückfragen: Silvia Kostner, Telefon: 902291014

Pressemitteilung vom 05.02.2010, 10:55 Uhr
Frauen

5. Todestag von Hatun Sürücü:

FÜR EIN LEBEN OHNE GEWALT

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Am 7. Februar 2010 jährt sich der Todestag von Hatun Sürücü zum fünften Mal. Die Ermordung der jungen Mutter auf offener Straße hat 2005 eine breite gesellschaftliche und politische Debatte über Zwangsverheiratung und so genannte Ehrverbrechen ausgelöst.

Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen: "Es ist uns ein zentrales Anliegen, dass alle Mädchen und Frauen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer religiösen Überzeugung die Möglichkeit haben, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen und frei von Gewalt zu gestalten. Mord und jegliche Form von Gewalt im Namen der Ehre sind in keinem Fall hinnehmbar."

Unterschiedliche Vorstellungen über die richtige Lebensweise innerhalb einer Familie können durch die Migration verstärkt werden und zu Spannungen führen. Vielen Familien gelingt es, hier konstruktive und individuelle Lösungen zu finden. In anderen Fällen eskalieren die Konflikte und es wird versucht, sie gewaltsam zu lösen. Die Formen der hierbei angewandten Gewalt reichen von massiven Drohungen und Einschüchterungen über körperliche Züchtigung bis hin zu Tötungsdelikten.

Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales: "Beratungsstellen und Zufluchtseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag, damit betroffene Mädchen und Frauen einer gewaltgeprägten Situation entfliehen können. Noch vorhandene Schutzlücken müssen geschlossen werden. Und wir führen gemeinsam mit den Communities einen kontinuierlichen Diskurs mit dem Ziel, Gewalt gegen Mädchen und Frauen in jeglicher Form zu ächten".

In den vergangenen Jahren wurden daher die spezifischen Belange von Migrantinnen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, stärker in den Fokus von Maßnahmen des Berliner Senats zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gerückt. Unter anderem werden seit Januar 2010 durch das Fraueninfrastruktur-Programm Mittel zur Verfügung gestellt, um den Kontakt zu den Communities zu pflegen und zu intensivieren. Außerdem beteiligt sich Berlin ab 2010 an der Weiterfinanzierung der Online-Beratung SIBEL für von Zwangsverheiratung und familiärer Gewalt betroffene Migrantinnen. Diese Form der Beratung stellt ein niedrigschwelliges und somit besonders wichtiges Hilfeangebot dar.

Damit gewaltbetroffene Migrantinnen möglichst rasch das auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützungsangebot finden, wurde kürzlich der Wegweiser für von häuslicher Gewalt betroffene Migrantinnen neu aufgelegt. Er kann unter

<http://www.berlin.de/lb/intmig/wegweiser/index.html>

abgerufen werden.

Im Gedenken an Hatun Sürücü wird am 7. Februar 2010 um 11 Uhr, Oberlandgarten 1/Ecke Oberlandstr. in Tempelhof eine Kranzniederlegung stattfinden, an der auch Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus teilnehmen wird. Rückfragen: Stephan Schulz, Telefon: 9013-7418

Aus dem Landespressediens

Pressemitteilung vom 09.02.2010, 09:10 Uhr
Kultur

MOSES-MENDELSSOHN-PREIS AUSGESCHRIEBEN

In diesem Jahr wird zum 16. Mal der Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin zur Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern und Religionen ausgeschrieben. Mit dem Preis wird jeweils eine Persönlichkeit, Gruppe oder Institution ausgezeichnet, die sich durch ihr Wirken auf geistig literarischem oder religiös-philosophischem Gebiet um die Verwirklichung der Toleranz verdient gemacht hat. Die Vergabe des mit 10.000 Euro dotierten Preises wird voraussichtlich am 6. September 2010, dem Geburtstag von Moses Mendelssohn, erfolgen.

Bisher wurden mit dem Moses-Mendelssohn-Preis ausgezeichnet: Barbara Just-Dahlmann (1980), Eva G. Reichmann (1982), Liselotte Funcke und Barbara John (1984), Sir Yehudi Menuhin (1986), Helen Suzman (1988), Teddy Kollek (1990), Charlotte Schiffler und Wolfgang Thierse (1992), Inge Deutschkron und Heinz Knobloch (1994), Hans Koschnick und Bosiljka Schedlich (1996), Kurt Scharf (1998), Ivan Nagel (2000), Anetta Kahane (2002), Hilde Schramm (2004), Tim Guldemann und zuletzt Michael Brocke (2008).

Über die Vergabe entscheidet eine unabhängige Jury, die von der Berliner Kulturverwaltung berufen wird. Vorschläge mit einer eingehenden schriftlichen Begründung unter Angabe der Leistungen und / oder Veröffentlichungen, die den Vorschlag für den Moses-Mendelssohn-Preis ausweisen, nimmt die

Berliner Kulturverwaltung
V D Me
Brunnenstraße 188-190
10119 Berlin

bis zum 22. März 2010 entgegen (es gilt der Poststempel). Vorschlag und Begründung sind achtfach einzureichen. Eigenbewerbungen sind nicht möglich.
Rückfragen: Wolfgang Meyer, Telefon: 90 228 536

Pressemitteilung vom 11.02.2010, 11:25 Uhr
Senatskanzlei

WOWEREIT WÜRDIGT INTERKULTURELLEN DIALOG IM SCHILLERKIEZ

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Über die Arbeit des interkulturellen Zentrums Genezareth und der Sehlik Moschee im Schillerkiez in Neukölln informierte sich Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit am 11. Februar 2010. Er sprach mit Vertreterinnen und Vertretern beider Einrichtungen über ihre bisherige Tätigkeit im Kiez und Perspektiven ihres Engagements.

Vor Beginn des Besuchs in der evangelischen Gemeinde Genezareth am Herrfurthplatz unterstrich Wowereit die Bedeutung des interkulturellen Zentrums für das Quartier: "Die Genezareth-Kirche bietet eine wesentliche Voraussetzung für den interkulturellen Dialog im Schillerkiez. Sie stellt ihre Räume Menschen verschiedener Kulturen für Aktivitäten, Begegnungen und Gespräche zur Verfügung. Das ist gelebte Toleranz, die wir in Berlins Quartieren schätzen. Das Zentrum hat sich so zu einem kulturellen und gesellschaftlichen Mittelpunkt im Quartier Schillerpromenade entwickelt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration in unserer Stadt."

Anschließend besuchte Wowereit die Sehlik-Moschee am Columbiadamm. Er äußerte sich anerkennend über den Islamunterricht in deutscher Sprache, der dort durchgeführt wird. Zum Vorschlag des Wissenschaftsrates, an deutschen Hochschulen Institute für islamische Studien einzurichten sagte Wowereit vorab: "Ich begrüße die Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Es ist ein wichtiger Schritt zur Integration, wenn an deutschen Hochschulen muslimische Religionslehrer und Imame ausgebildet werden. Ich würde mich freuen, wenn wir die Ausbildung auch an einer Berliner Hochschule anbieten könnten."

Das Interkulturelle Zentrum Genezareth und die Sehlik-Moschee arbeiten mit Vertretern der Kiez-AG, der Schulen, der Hauseigentümer und des Kulturprojekts Schillerpalais im Quartiersbeirat Schillerpromenade zusammen. In diesem Beirat haben sich Menschen verschiedener Bewohnergruppen zusammengefunden, um ihren Stadtteil zu entwickeln. In dem Quartier Schillerpromenade leben ca. 20.000 Menschen unterschiedlicher Herkunft.
Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 12.02.2010, 11:40 Uhr
Justiz

TÜRKISCHE JURISTENDELEGATION ZU GAST IN BERLIN Bahçesehir-Universität eröffnet Kontaktbüro

Die Senatsverwaltung für Justiz teilt mit:

Zu einem Informationsbesuch sind ab dem 15. Februar 2010 Vertreter der juristischen Fakultäten der privaten Bahçesehir-Universität und der staatlichen Universität Istanbul zu Gast in Berlin. Auf dem Programm der Professoren für Straf- und Zivilrecht beider Hochschulen steht ein Besuch in der Jugendstrafanstalt Berlin. Außerdem nehmen die Dozenten an einer Verhandlung vor dem Jugendgericht teil. Geplant ist auch ein Besuch der juristischen Fakultät der Freien Universität Berlin und bei der Jugendgerichtshilfe. Höhepunkt der Visite ist die Eröffnung eines Kontaktbüros der Bahçesehir-Universität im Wissenschaftsforum in der Markgrafenstraße in Berlin-Mitte.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst*(Fortsetzung)*

Während des dreitägigen Besuches sollen die seit einiger Zeit bestehenden Kontakte weiter ausgebaut werden. Bereits im vergangenen Jahr war eine türkische Delegation zu Gast an der Spree. Im Oktober 2009 erfolgte der Gegenbesuch der Justizsenatorin Gisela von der Aue in Istanbul.

Justizsenatorin Gisela von der Aue: "Ich freue mich, dass dieser Besuch einen Anlass bietet, unsere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Juristenausbildung weiter zu intensivieren. Außerdem wird meine Verwaltung eine rechtsvergleichende Studie der Bahçesehir-Universität zu Fragen der Jugendgerichtsbarkeit unterstützen. Damit können wir an die lange Tradition der Zusammenarbeit in Rechtsfragen anknüpfen, die Persönlichkeiten wie der Rechtswissenschaftler Ernst Eduard Hirsch begründet haben. Die Einrichtung eines Kontaktbüros dieser Universität ist eine Bereicherung für den Wissenschaftsstandort Berlin. Auch die Arbeit des Büros wird die Senatsverwaltung für Justiz unterstützen."

Rückfragen: Bernhard Schodrowski, Telefon: 030/9013-3633

Pressemitteilung vom 12.02.2010, 11:20 Uhr
Bildung

**BERLINER BILDUNGSPROGRAMM
FÜR DIE OFFENE GANZTAGSGRUNDSCHULE:
Viele wichtige Anregungen und anschauliche Beispiele aus der Praxis**

Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung teilt mit:

Bei der Weiterentwicklung der offenen Ganztagsgrundschulen gibt es eine neue, sehr informative Handreichung: Das "Berliner Bildungsprogramm für die offene Ganztagsgrundschule."

Im gemeinsamen Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und dem Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) wurde das Programm von einem Autorenteam der Internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der Freien Universität Berlin entwickelt. Bei seiner Erarbeitung waren viele Praktikerinnen und Praktiker aus den Berliner Grundschulen beteiligt. Auf 120 übersichtlich gestalteten Seiten, teilweise bebildert und mit Materialien, enthält das Buch jede Menge Infos und Tipps. Neben einem grundlegenden Überblick über die verschiedenen Aspekte des Bildungsauftrags an offenen Ganztagsgrundschulen besticht das Werk vor allem durch interessante Beispiele aus der Praxis. Auch die Frage, wie Entwicklungsziele der Schulen im Zusammenwirken von Pädagogen, Schulträgern, Trägern der Jugendhilfe, Eltern und Senatsverwaltung erreicht werden können, räumt das Buch viel Raum ein.

Das Programm formuliert dabei keinen Maßnahmenkatalog, der zwingend und einheitlich abzuarbeiten ist, sondern gibt Anreize, Hilfestellungen und Anregungen, wie jede Schule ihren Weg finden kann, um ein Lern- und Lebensort zu werden, den Kinder, Eltern und Kooperationspartner im Sozialraum gern besuchen.

Es enthält eine Vielzahl von Handreichungen - Checklisten, Tabellen, Übersichten - für Schulleiter, Lehrer, pädagogisches Personal und freie Jugendhilfeträger, die mit Schulen kooperieren oder eine Kooperation anstreben.

Best Practice-Projekte werden vorgestellt, die es bereits in Berlin gibt, Praktiker kommen in Interviews zu Wort. Das Zusammenwirken von Lehrer/innen und Erzieher/innen spielt bei der Gestaltung der neuen Grundschulen eine Schlüsselrolle.

Auch das Bildungsprogramm ist ein Gemeinschaftswerk: Es wurde von einem Autorenteam der gemeinnützigen Internationalen Akademie (INA) für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der Freien Universität Berlin entwickelt in Kooperation und im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der LIGA -Wohlfahrtsverbände und des Dachverbands der Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS). Experten aus der Praxis der Berliner Grundschulen waren beteiligt und kommen im Buch zu Wort. Das bereits vor längerem veröffe

ntlichte "Leitbild für die offene Ganztagsgrundschule" der Berliner Bildungsverwaltung wird mit dem nun vorgelegten Programm weiter konkretisiert. Durch die Anknüpfung an das ebenfalls von der INA vorgelegte Kita-Bildungsprogramm wird die Kooperation von Kitas und Grundschulen befördert. Die öffentliche Bildungsverwaltung und die Verbände der freien Träger sehen das Programm als Verpflichtung, verbindlich an der Realisierung der formulierten Ziele weiter zu arbeiten. Das Programm wird in diesen Tagen an alle Grundschulen und kooperierenden Jugendhilfeträger verschickt.

Für Interessenten ist das Programm ab sofort als Buch zum Preis von 16,90 Euro im Buchhandel zu erwerben:

Jörg Ramseger, Christa Preissing, Ludger Pesch,
Berliner Bildungsprogramm für die offene Ganztagsgrundschule,
Verlag das netz, Weimar, Berlin 2009.

Ansprechpartner:
Elvira Kriebel - LIGA, Der Paritätische Tel.: (030) 86001166
Roland Kern - DaKS Tel.: (030) 25291300

Rückfragen: Pressesprecher, Telefon: 9026-5843

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 12.02.2010, 10:40 Uhr
Gleichstellung

**ERSTER BERLINER GENDER DATENREPORT
GEHT ONLINE**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen hat in Kooperation mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erstmals einen umfassenden Bericht mit Daten zur Situation von Frauen und Männern erstellt. Es handelt sich um Grundlagendaten zu Bevölkerungsentwicklung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Gesundheit und politische Partizipation - Bereiche, in denen auch die Schwerpunkte der Gleichstellungspolitik des Berliner Senats liegen.

Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, und die Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Prof. Dr. Ulrike Rockmann, stellen den Gender Datenreport vor: Zeit: 17. Februar 2010, 10:00 Uhr Ort: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Martin-Luther Str. 105, 10825 Berlin, Raum 230.

Mit dem Bericht wird eine Lücke geschlossen: Er ist ein Angebot für alle, die an Geschlechterfragen und sozialer Stadtentwicklung interessiert sind und verbessert die Informationsmöglichkeiten über wesentliche Strukturen und Entwicklungen. Die Daten werden im Internet veröffentlicht und sind kostenfrei zugänglich, regelmäßige Aktualisierung eingeschlossen. Unter

<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender>

können Sie schon jetzt schnuppern. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Rückfragen: Stephan Schulz, Telefon: 9013-7418

Pressemitteilung vom 16.02.2010, 12:50 Uhr
Gleichstellung

**Initiative zur Akzeptanz sexueller Vielfalt:
UMFASSENDE MAßNAHMEN BESCHLOSSEN**

Aus der Sitzung des Senats am 16. Februar 2010:

Zur Bekämpfung von Homophobie¹ stehen in den Jahren 2010 und 2011 in Berlin 2,1 Mio. EUR zur Verfügung. Damit werden Maßnahmen zur Aufklärung, Schulung, Beratung und Kampagnen finanziert sowie ziviles Engagement unterstützt. Das Geld wird zum Beispiel eingesetzt, um

- Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in Schulen und Jugendeinrichtungen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei aus- und weiterzubilden,
- Führungspersonal der Verwaltung fortzubilden

- Erfahrungen auszuwerten, die Menschen mit Diskriminierung gemacht haben,
- den Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen in der Berliner Einwanderungsgesellschaft zu fördern.

Der Senat hat heute ein von der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm, vorgelegtes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Homophobie beschlossen. Es enthält mehr als 59 Aktionen und elf Rechtsangleichungen auf Landes- und Bundesebene. Die Vorlage wird nun dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gegeben.

Am 2. April 2009 hatte das Abgeordnetenhaus die Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" einstimmig beschlossen. Gemeinsam mit Verbänden und Selbsthilfeorganisationen erarbeiteten die zuständigen Senatsverwaltungen anschließend den Maßnahmenkatalog. Mit der Initiative hat Berlin seine führende Position bei der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen und im Kampf gegen Diskriminierung ausgebaut.

¹ Mit Homophobie wird eine soziale, gegen Lesben, Schwule, Transsexuelle und Intersexuelle gerichtete Abneigung bzw. Feindseligkeit bezeichnet.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: 9028-2743

Pressemitteilung vom 16.02.2010, 12:45 Uhr
Integration / Migration / Ausländer

BLEIBERECHT FÜR AUSLÄNDER MIT AUFENTHALTSERLAUBNIS AUF PROBE VERLÄNGERT

Aus der Sitzung des Senats am 16. Februar 2010:

Für Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe bis zum 31. Dezember 2009 wurde das Bleiberecht um zwei Jahre verlängert. Das betrifft in Berlin 1.465 Personen. Sie mussten eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie haben am 31. Dezember 2009 mindestens die letzten sechs Monate halbtags gearbeitet. Oder: Sie konnten bis Ende Januar 2010 für die folgenden sechs Monate zumindest eine Halbtagsbeschäftigung glaubhaft nachweisen.
- Sie haben seit dem 7. Juli 2007 ihre Schul- und Berufsausbildung einschließlich Studium erfolgreich abgeschlossen oder absolvieren zurzeit eine Berufsausbildung.
- Sie können glaubhaft nachweisen, dass sie sich ernsthaft um Erwerbstätigkeit zur Versorgung ihrer Familie bemüht haben.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus dem Landespressedienst*(Fortsetzung)*

Außerdem muss die Annahme gerechtfertigt sein, dass sie nach den zwei Jahren Verlängerung ihren Lebensunterhalt selbstständig durch Arbeit bestreiten können. Rechtliche Grundlage ist § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes. Der Senat hat heute einen entsprechenden Bericht von Innen- und Sportsenator Dr. Ehrhart Körting beschlossen. Der Bericht wird dem Abgeordnetenhaus zugeleitet.

Die "Aufenthaltserlaubnis auf Probe" war 2007 befristet bis zum 31. Dezember 2009 eingeführt worden, um lange in Deutschland lebenden und bis dahin nur geduldeten Ausländerinnen und Ausländern eine Chance zur Aufnahme einer Arbeit und damit für einen dauerhaften Aufenthaltsstatus zu geben. Die jetzige Verlängerung um zwei weitere Jahre soll dazu beitragen, dass noch mehr Betroffene diese Chancen nutzen können. Die Innenministerkonferenz der Länder hat die genannten Regelungen am 4. Dezember 2009 einvernehmlich mit dem Bundesministerium des Innern beschlossen. Berlins Innenminister Dr. Ehrhart Körting hat wesentlich zu diesem Beschluss beigetragen. Das Abgeordnetenhaus hatte den Senat aufgefordert, sich mit einer Bundesratsinitiative für Ausländer und Ausländerinnen mit einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe nach § 104a Absatz 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz einzusetzen. Sie sollten eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive erhalten, auch wenn sie ihren Lebensunterhalt bis Ende 2009 noch nicht aus eigenen Mitteln sichern konnten.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Telefon: 9027-2730

Pressemitteilung vom 17.02.2010, 10:40 Uhr
Frauen

**ERSTER BERLINER GENDER DATENREPORT
IM INTERNET VERÖFFENTLICHT:
Aktuelle Daten zur Situation von Frauen und Männern**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, und Prof. Ulrike Rockmann, Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, haben heute den Berliner Gender Datenreport 2009 vorgestellt. Der Report enthält Grundlagendaten zu den Themenfeldern Bevölkerungsentwicklung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen, Gesundheit und politische Partizipation. Ein Beispiel: Eine Vielzahl von aufbereiteten Daten gibt detaillierte Auskunft über die Teilhabe von Mädchen und Jungen bzw. jungen Frauen und Männern an den schulischen, beruflichen und hochschulischen Bildungsangeboten in Berlin. Die Daten zeigen, dass Berliner Mädchen und Frauen ausgesprochen erfolgreich in der Bildung sind. Im Jahr 2008 waren mehr als die Hälfte der Jugendlichen an Gymnasien sowie der Studienanfänger an Berliner Hochschulen weiblich.

Auch die intensiven Anstrengungen des Berliner Senats und der Hochschulen zur nachhaltigen Förderung der Chancengleichheit in der akademischen Qualifizierung tragen Früchte.

So waren 2008 46 Prozent der erfolgreich Promovierenden und 47 Prozent der Juniorprofessoren Frauen. Mit einem Frauenanteil an den regulären Professuren von 25,6 Prozent steht Berlin an der Spitze aller Bundesländer. Das sind gute Voraussetzungen für die Entwicklung einer wissensbasierten Wirtschaft und eines hochwertigen Dienstleistungssektors in Berlin. Wie überall spiegeln sich diese Bildungserfolge jedoch noch nicht adäquat im Erwerbsleben wider. So wird die Erwerbsbeteiligung von Frauen (knapp 70 Prozent) nicht nur durch die allgemein hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch durch Teilzeitbeschäftigung (36,2 Prozent - ein Drittel davon unfreiwillig) beeinträchtigt. Auch der weiterhin bestehende Einkommensabstand zwischen den Geschlechtern wird im Report mit Daten unterlegt. Dieser liegt zwar in Berlin mit 18 Prozent bei den Bruttostundenlöhnen unter dem Bundesdurchschnitt, stellt aber immer noch eine relevante Größenordnung dar, zumal er mit steigender Einkommensgruppe wächst.

Senator Harald Wolf: "Der Senat arbeitet intensiv daran, dass die Anziehungskraft Berlins weiter wächst und Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht hier ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter sind eng verbunden mit der Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen. Dafür ist die sorgfältige Beobachtung der Entwicklungen in den wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen unabdingbar. Und genau hier setzt der Gender Datenreport an. Mit dieser Datensammlung können wir allen Interessierten eine Informations- und Arbeitsgrundlage zur Verfügung stellen, die regelmäßig aktualisiert wird und themenspezifisch ergänzt werden kann." Der Report wurde in direkter Kooperation zwischen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen und dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erstellt. Er repräsentiert damit auch eine neue Form der Zusammenarbeit von Fachverwaltung und amtlicher Statistik.

Prof. Ulrike Rockmann: "Die hier zur Verfügung gestellten Daten sind auch der Ausgangspunkt für weiterführende themenspezifische Analysen: So zeigt sich deutschlandweit - so auch in Berlin -, dass zwar mehr Frauen als Männer die Studienberechtigung erwerben, sie diese aber deutlich seltener für ein Studium nutzen. Von den Frauen, die 2007 die Schule mit einer Studienberechtigung verließen, haben in den letzten zwei Jahren 61 Prozent ein Studium aufgenommen. Bei den Männern waren es 70 Prozent. Ein noch größerer Unterschied ist bei den Absolventinnen und Absolventen mit Fachhochschulreife festzustellen: Hier haben 36 Prozent der Frauen und 68 Prozent der Männer in den letzten zwei Jahren ein Studium begonnen. Diese Differenz wird auch nicht durch die Aufnahme eines Studiums im weiteren Lebenslauf ausgeglichen." Der Gender Datenreport im Internet:

<http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/gender>.

Rückfragen: Stephan Schulz, Telefon: 9013-4718

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 22.02.2010, 12:50 Uhr
Frauen

**AUFRUF ZUM 10. GIRLS' DAY –
Mädchen-Zukunftstag im Land Berlin am 22. April
2010**

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen teilt mit:

Das Aktionsbündnis Girls'Day im Land Berlin ruft alle Schülerinnen, Unternehmen, Hochschulen, Schulen und Eltern zur Beteiligung am Mädchen-Zukunftstag auf.

Am 22. April 2010 ist es wieder so weit. Der Girls'Day - Mädchen-Zukunftstag geht in seine 10. Runde! Mädchen ab Klasse 5 entdecken vor Ort in Betrieben und Organisationen zukunftsorientierte Berufe in Naturwissenschaft, Informatik, Technik und Handwerk. Sie werden ermutigt, ihr Berufsspektrum zu erweitern und lernen gleichzeitig auch Frauen in Führungspositionen und in beruflicher Selbständigkeit als Optionen für ihre berufliche Zukunft kennen.

Der Girls'Day ist bundesweit der größte und vielfältigste Berufsorientierungstag für Mädchen. Etwa 50.000 Schülerinnen haben ihn in den vergangenen neun Jahren in Berlin genutzt, bundesweit waren es über 900.000 Schülerinnen. Der Girls'Day wirkt. Unternehmen öffnen ihre technischen Bereiche zunehmend für Frauen. Sie sprechen sie mit ihrem Ausbildungsmarketing nunmehr gezielter an, um vor dem Hintergrund des demographischen Wandels langfristig den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Und sie erhalten Bewerbungen von jungen Frauen, die den Betrieb am Girls'Day kennen gelernt haben.

Etwa 10 Prozent der Unternehmen, die sich am Girls'Day beteiligen, haben bereits ehemalige Girls'Day-Teilnehmerinnen eingestellt. Hochschulen verzeichnen eine höhere Zahl an weiblichen Studienanfängerinnen in den Ingenieurwissenschaften und Unternehmen insbesondere eine höhere Zahl an weiblichen Auszubildenden in den Metall- und Elektroberufen. Dies ist angesichts der dringend notwendigen Sicherung von Fachkräften eine wünschenswerte Entwicklung, insbesondere für Berlin als Hauptstadt der Wissenschaften.

Im vergangenen Jahr haben 8.714 Schülerinnen, wieder weit mehr als in den Vorjahren, an 443 Girls' Day-Veranstaltungen teilgenommen. Damit erreichte der Girls' Day erstmals 11 Prozent der Schülerinnen in Berlin. Diese Zahl gilt es beim zehnten Girls' Day zu steigern. Sie können mit einer Beteiligung, wie folgt, dazu beitragen: - Unternehmen, Hochschulen, Behörden und Forschungseinrichtungen bieten am Girls' Day praxisorientierte Veranstaltungen für Schülerinnen an. - Eltern setzen sich frühzeitig mit dem Thema Berufswahl der Tochter auseinander und unterstützen sie u.a. bei der Suche nach einem Veranstaltungsplatz am Girls' Day. - Schulen und Lehrkräfte informieren über den Girls' Day.

Sie unterstützen den Aktionstag mit vielfältigen Aktivitäten: Vor- und Nachbereitung im Unterricht, Aktivierung der Eltern, weiterführende Kontakte mit Unternehmen, Parallelangebote für Jungen etc.....

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme am Girls' Day in Berlin und wünschen Ihnen heute schon viel Spaß und Erfolg! Informationsmaterial -Flyer und Plakate- erhalten Sie kostenlos bei dem bundesweiten

Kompetenzzentrum
Technik-Diversity-Chancengleichheit e.V.,
<http://www.girls-day.de>
Telefon: 0521-106-7357.

Den Aktionsleitfaden für Unternehmen und Organisationen, weitere Informationen für Schulen, Eltern und Mädchen stehen Ihnen als Download auf der genannten Internetseite zur Verfügung. Die landeseigene Webseite mit aktuellen Informationen und Kontaktdaten erreichen Sie unter

<http://www.girlsday-berlin.de>.

Rückfragen: Stephan Schulz, Telefon: 9013-7418

Pressemitteilung vom 23.02.2010, 13:40 Uhr
Senatskanzlei

**SENAT SICHERT DIE FINANZIERUNG
DES JÜDISCHEN FILM FESTIVALS 2010**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Die Chefin der Senatskanzlei, Staatssekretärin Prof. Barbara Kisseler, freut sich, dass das 16. Jüdische Film Festival nunmehr vom 25. April bis 9. Mai 2010 im Kino Arsenal in Berlin und im Filmmuseum Potsdam stattfinden kann.

Neben dem Zuschuss durch die Stiftung Lotto in Höhe von 55.000 Euro erhält der veranstaltende Verein "Welsler 25" eine Zuwendung der Senatskanzlei sowie finanzielle Unterstützung durch Sponsoren, um die sich ebenfalls die Senatskanzlei bemüht hat. Damit ist es aus Sicht des Senats gelungen, die Durchführung dieses Festivals auch in diesem Jahr zu sichern.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Anfragen an den Senat**KLEINE ANFRAGEN:**

Titel: Aufenthalt einer größeren Gruppe rumänischer Staatsbürger in Berlin im Mai und Juni 2009 - Bleibt das Land Berlin auf den Kosten sitzen?

Abgeordneter: Kurt Wansner (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13933.pdf>

Titel: Teilnahmezahlen am Religionsunterricht

Abgeordneter: Matthias Brauner (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13971.pdf>

Titel: Rechtsextremer "Satansmörder" in Berlin aktiv?
Abgeordneter: Clara Herrmann (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13885.pdf>

Titel: "Welcome Centres" an Berliner Hochschulen

Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13928.pdf>

Titel: Tandemprojekte ein Gewinn für die Integration von Migranten?

Abgeordneter: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13983.pdf>

Titel: Wirtschaftspotenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen!

Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-13992.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:

**BERLINER EUROPAPORTAL
UND EUROPA-NEWSLETTER**

Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/index.html>

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Profil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

**NEUES EU-RECHT BEIM SCHUTZ ETHNISCHER
UND RELIGIÖSER MINDERHEITEN**

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon nach einem langwierigen Prozess in Kraft. Das neue EU-Primärrecht besteht aus dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Die Europäischen Grundrechte insbesondere die Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten werden somit nicht mehr nur von der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) gestärkt, sondern nun erstmals umfassend schriftlich fixiert von der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

So wird explizit neben der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, die Rechte von Minderheiten in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union festgeschrieben, wie auch schon zuvor im EG-Vertrag. Neu ist im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union der Artikel 10.

Dieser bestimmt bei der Festlegung und Durchführung der Politik und ihrer Maßnahmen die Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Zudem können wie bisher seitens der EU gezielt Vorkehrungen getroffen werden, um Diskriminierungen zu bekämpfen, heißt es in Artikel 19.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die erst durch den Vertrag von Lissabon rechtskräftig wurde, verbietet ebenfalls Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Staatsangehörigkeit.

In Artikel 10 der Charta wird mitunter die Freiheit, die Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten zu bekennen, versichert. In Artikel 15 wird die Berufsfreiheit bestimmt, sodass jede Person das Recht hat einen frei gewählten Beruf auszuüben. Zudem verweist die Union darauf, dass sie die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen achtet.

Es wird sich also zeigen, wie die EU-Mitgliedsstaaten diese Rechte umsetzen werden, um ihre Minderheiten zu schützen und vor Diskriminierungen jeglicher Art zu bewahren.

[Rafiqia Younes]

Quellen:

Charta der Grundrechte der Europäischen Union:

<http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/32007X1214/hm/C2007303DE.01000101.htm>

Verträge über die Europäische Union und über die Arbeitsweise der Europäischen Union:

<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2008:115:SOM:DE:HTML>

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft:

http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/hm/C_2002325DE.003301.html

Aus Europa, Bund und Ländern

Europäischer Integrationsfond:
ZUSATZAUSSCHREIBUNG (EU-KOMMISSION)Frist: **03.03.2010**

Für das Förderjahr 2009 können beim EIF Projektvorschläge für Gemeinschaftsaktionen ([Art. 5 EIF-Ratsentscheidung](#)) eingereicht werden.

Förderfähig sind insbesondere Maßnahmen, die auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Integration mit bewährten Methoden hinwirken. Die Mitteilung der EU-Kommission ist als Download hier abrufbar:

http://www.bamf.de/cln_170/nn_754120/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/EIF/Antragsverfahren2009/ausschreibung-2009-eu-kommission.html

Projektvorschläge sind bis spätestens **3. März 2010** einzureichen.

Die Projektanträge sind direkt an die EU-Kommission zu übersenden. Alle Informationen zur Ausschreibung finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/justice_home/funding/integration/funding_integration_en.htm

Diese Meldung im Internet unter:

http://www.bamf.de/nn_443792/DE/Integration/EU-Fonds/EIF/eu-eif-node.html?nnn=true

**ERF:
AUSSCHREIBUNG 2010**Frist: **15.04.2010**

Aufforderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Rückkehrfonds für das Förderjahr 2010

http://www.bamf.de/cln_101/nn_754128/DE/Integration/Function/DownloadERF/Ausschreibung2010/download-ausschreibung-node.html?nnn=true

Abgabefrist der Anträge: 15. April 2010 (Eingangsstempel) bei der zuständigen Stelle des Bundeslandes

Beauftragter für Integration und Migration
des Senats von Berlin
Potsdamer Straße 65
IntMig Z 3 Frau Tomaske
10785 Berlin

Am 23.05.2007 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Entscheidung zur Einrichtung des Europäischen Rückkehrfonds (RF) für den Zeitraum 2008 – 2013 erlassen (2007/575/EG ABI. L 144/45 vom 06.06.2007).

Bei der künftigen Vergabe von Fördermitteln sollen außerdem nachstehende Zielsetzungen verstärkt im Blickfeld stehen:

- Nachhaltigkeit der Projektarbeit
- Vernetzung/Ergänzung zu bereits bestehenden Projekten/Regelangeboten
- Qualifizierung des Projektpersonals

2. Berechtigung zur Antragstellung

Zuwendungsempfänger können regelmäßig nur juristische Personen des internationalen oder öffentlichen Rechts oder eingetragene juristische Personen des Privatrechts sein (zum Beispiel: Träger der freien Wohlfahrtspflege, kirchliche und karitative Einrichtungen, eingetragene Vereine, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Gebietskörperschaften), allein oder in Partnerschaft mit anderen.

3. Anteilsfinanzierung von Projekten siehe Ausschreibung des BAMF**4. Zielgruppen des Europäischen Rückkehrfonds**

Mit dem Fonds werden Maßnahmen in den Bereichen der freiwilligen Rückkehr und der zwangsweisen Rückkehr gefördert. Zielgruppen im Bereich der freiwilligen Rückkehr sind: siehe Ausschreibung des BAMF

5. Für folgende Maßnahmen werden Projektanträge erbeten:

Ordnen Sie bitte Ihren Projektvorschlag einem bestimmten Maßnahmenbereich im Antragsvordruck zu; sollte Ihr Projekt mehreren Maßnahmenbereichen zugeordnet werden können, entscheiden Sie sich bitte für den Maßnahmenbereich, der den Schwerpunkt des Projektes bildet!

Allgemein sollen Anträge aus folgendem Maßnahmenkatalog zur Durchführung gelangen:

5.1. Konzepte zur Verbesserung von Beratung und Information zu den Herkunftsländern

Für diesen Maßnahmenbereich stehen 157.557,- € für einjährige Projekte zur Verfügung.

5.2. Konzepte zur Wiedereingliederung im Herkunftsland
Für diesen Maßnahmenbereich stehen 162.533,- € für einjährige Projekte zur Verfügung.

5.3. Rückkehrpläne zur Unterstützung der freiwilligen Rückkehr

(Spezifische Priorität Nr. 1 (1) gemäß den strategischen Leitlinien der Europ. Kommission vom 30.11.2007; Kofinanzierung in Höhe von 75 %)

5.4. Innovative Projekte des Rückkehrmanagements
Für diesen Maßnahmenbereich stehen 305.578,- € für einjährige Projekte zur Verfügung.

5.5. Besonders innovative Maßnahmen zur spürbaren Steigerung der freiwilligen Rückkehr
(Spezifische Priorität Nr. 3 (1) gemäß den strategischen Leitlinien der Europ. Kommission vom 30.11.2007; Kofinanzierung in Höhe von 75 %)

5.6. Monitoring, Evaluierung und Fortbildung
Für diesen Maßnahmenbereich stehen 160.000,- € für einjährige Projekte zur Verfügung.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus Europa, Bund und Ländern*(Fortsetzung)***6. Projektlaufzeit**

Zuwendungen für das Förderjahr 2010 werden nur für solche einjährigen Projektmaßnahmen bewilligt, die zwischen dem 01.01.2010 und dem 30.06.2012 durchgeführt werden.

7. Beschreibung des Auswahlverfahrens

Bei der Auswahl der Projekte legt die Zuständige Behörde für die Verwaltung des Europäischen Rückkehrfonds folgende Kriterien an:

- 7.1. Ausschlusskriterien
- 7.2. Auswahlkriterien in Bezug auf den Antragsteller
- 7.3. Bewertungskriterien in Bezug auf den Projektvorschlag

Lage und Bedarf/Relevanz/Konzeption/Nutzen und Nachhaltigkeit/ Kosteneffektivität

8. Frist und Form eines Projektantrages

Bitte reichen Sie in einem verschlossenen Umschlag die vollständig ausgefüllten Anträge mit allen erforderlichen Anlagen und Beiblättern im Original spätestens bis zum 15.04.2010 (Eingangsstempel) bei der für Sie zuständigen Stelle Ihres Bundeslandes ein. Folgende Unterlagen sind im Original und in einfacher Ausfertigung vorzulegen:

- Antragsvordruck: Angaben zum Projekt
- detaillierte Projektbeschreibung mit folgenden Mindestinhalten:
 - Standort- und Bedarfsanalyse
 - räumlicher Wirkungsbereich
 - Zielsetzung und Methoden der Zielerreichung
 - Kosteneffektivität
 - Ausmaß, in dem die Projekte andere Maßnahmen ergänzen, die aus dem Haushalt der EU

Ausschreibungstext als Download unter:

http://www.bamf.de/cln_101/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/ERF/Ausschreibung2010/040-ausschreibung-erf-2010.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/040-ausschreibung-erf-2010.pdf

EIF:

AUSSCHREIBUNG 2010Frist: **15.04.2010**

Aufforderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen für das Förderjahr 2010:

http://www.bamf.de/cln_101/nn_754120/DE/Integration/Function/DownloadEIF/Ausschreibung2010/download-ausschreibung-node.html?_nnn=true

Abgabefrist der Anträge: 15.04.2010

(Eingangsstempel) bei dem

**Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Europäischer Integrationsfonds
Erkrather Straße 349
40231 Düsseldorf
oder
Postfach 101764
40008 Düsseldorf**

Ausschreibungstext als Download unter:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/EIF/Ausschreibung2010/001-ausschreibung-eif-2010.templateId=raw,property=publicationFile.pdf/001-ausschreibung-eif-2010.pdf>

EFF:

AUSSCHREIBUNG 2010Frist: **31.03.2010**

Aufforderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds für das Förderjahr 2010

http://www.bamf.de/cln_180/nn_754112/DE/Integration/Function/DownloadEFF/Ausschreibung2010/download-ausschreibung-node.html?_nnn=true

Abgabefrist der Anträge: 31. März 2010 (Eingangsstempel) bei der zuständigen Stelle des Bundeslandes:

**Beauftragter für Integration und Migration
des Senats von Berlin
Potsdamer Straße 65
IntMig Z 3 Frau Tomaske
10785 Berlin**

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus Europa, Bund und Ländern*(Fortsetzung)*

Am 23.05.2007 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die Entscheidung zur Einrichtung des Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) für den Zeitraum 2008 – 2013 erlassen (2007/573/EG ABI. L 144/1 vom 06.06.2007). Zweck des Fonds ist es, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen; Vertriebenen, und Personen, die sonstigen internationalen Schutz (subsidiären Schutz) genießen, und den sich daraus ergebenden Folgekosten durch Zuschussfinanzierung zu unterstützen und zu fördern.

Ausschreibungstext als Download unter:

http://www.bamf.de/cln_180/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/EFF/Ausschreibung/aufforderung-zur-verwaltung-eff-2010_templateId=raw_property=publicationFile.pdf/aufforderung-zur-verwaltung-eff-2010.pdf

BAMF:

2.659 ASYLANTRÄGE IM JANUAR 2010

Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 489 Personen (22,5 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2009 stieg die Zahl der Asylbewerber um 317 Personen (13,5 Prozent).

419 Personen erhielten im Januar 2010 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (17,8 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 140 Personen (6,0 Prozent) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Abgelehnt wurden die Anträge von 1.071 Personen (45,6 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 718 Personen (30,6 Prozent).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, betrug Ende Januar 2010 23.503 (19.503 Erstanträge und 4.000 Folgeverfahren).

Weiter mit den Zahlen im Einzelnen im Internet unter:

http://www.bmi.bund.de/cln_165/SharedDocs/Pressemitteln/DE/2010/02/asylzahlen_januar2010.html?nn=109632

[PM BMI v. 05.21.2010, RED]

Unanfechtbar:

ABGESCHOBENER IRAKER MUSS AUS GRIECHENLAND ZURÜCKGEHOLT WERDEN

Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hat die Zurückschiebung eines jungen irakischen Flüchtlings nach Griechenland in einem Eilverfahren für rechtswidrig erklärt und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verpflichtet, ihm die Rückkehr zu ermöglichen, um sein Asylverfahren in Deutschland weiter zu betreiben.

Der 27-jährige Hiwa H. befand sich seit seiner Einreise aus Griechenland am 06.09.2009 in der Abschiebungshäft Eisenhüttenstadt (Brandenburg). Dort hat einen Asylantrag gestellt. Das BAMF erließ jedoch keinen formellen Zurückschiebungsbescheid, sondern schob ihn am 04.11.2009 ab, ohne das Ergebnis des verwaltungsrechtlichen Eilverfahrens abzuwarten.

In dem Beschluss vom 03.02.2010 rügt das Verwaltungsgericht nun, dass das BAMF die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Rückschiebungen nach Griechenland nicht berücksichtigt habe. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst hat das Verfahren mit Mitteln aus seinem Rechtshilfefonds für Abschiebungshäftlinge unterstützt (VG 5 L 314/09.A).

Aufgrund der eklatanten Missstände im griechischen Asylsystem hat das Bundesverfassungsgericht nun schon in sieben Eilverfahren Abschiebungen nach Griechenland vorläufig ausgesetzt und damit die Rechtsprechung über 100 Verwaltungsgerichten bestätigt.

Die Bundesregierung hält dennoch weiterhin an Abschiebungen nach Griechenland fest. „Das Bundesverfassungsgericht hat die Erfolgsaussichten der Verfassungsbeschwerden offen gelassen; die Beschlüsse enthalten insbesondere keine Aussagen zur Zulässigkeit von Überstellungen nach Griechenland“, heißt es in einem Schreiben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière an den Jesuiten-Flüchtlingsdienst vom 12.01.2010.

Während einige Bundesländer auf Inhaftierungen verzichten, werde die Bundespolizei in Fällen eigener Zuständigkeit weiterhin Haft beantragen. In den vergangenen Monaten sei zudem „ein sprunghafter Anstieg der unerlaubten Einreisen an den deutschen Flughäfen im Zusammenhang mit sogenannten Schengenbinnenflügen aus Griechenland zu verzeichnen“, so der Minister.

In der Hauptsache will das höchste deutsche Gericht bis zum Sommer entscheiden. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst fordert, bis dahin auf Sicherungshaft zu verzichten und Überstellungsverfahren nach Griechenland generell vorläufig auszusetzen.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Der Beschluss des VG Frankfurt/Oder ist im Internet abrufbar unter:

http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/pm_vgfr-o_08022010.pdf

Weitere Informationen:

Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS)
Witzlebenstraße 30a
14057 Berlin

Tel.: (030) 32 60-25 90

Fax: (030) 32 60-25 92

E-Mail: info@jesuiten-fluechtlingsdienst.de

Internet: <http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de>

[PM JRS v. 08.02.2010]

17.03., Tagung:

DEMENZ UND MIGRATION

17. März 2010, 11.00 – 18.00 Uhr

Veranstaltungsort

Charité – Universitätsmedizin Berlin
Hörsaal Nervenlinik
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie
Charité Campus Mitte
Charitéplatz 1 (Bonhoefferweg 3)
10117 Berlin

Programm als Download im Internet unter:

http://www.charite.de/psychiatrie/forschung/Migration/Flyer_Demenz_Migration.pdf

Die Teilnahme ist kostenlos.

Die Versorgung an Demenz erkrankter älterer Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist eine Herausforderung an bestehende Strukturen der ambulanten und stationären geriatrischen und gerontopsychiatrischen Versorgung, bei der kultur- und migrationsspezifische Aspekte hinsichtlich der Inanspruchnahme, der Diagnostik, der Behandlung, der Bereitstellung psychosozialer Hilfen und der Pflege eine zentrale Bedeutung haben.

Dieser Herausforderung können wir nur dann gerecht werden, wenn bestehende migrationsspezifische Versorgungseinrichtungen sich mit ambulanten und stationären Versorgungseinrichtungen vernetzen, um so einen Wissens- und Strukturtransfer zu ermöglichen. Ziel des Forums Demenz und Migration ist es, die Versorgungssituation an Demenz erkrankter Menschen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt zu rücken, eine Vernetzung bestehender Strukturen zu ermöglichen, und Projekte zur Verbesserung der Versorgung zu entwickeln und zu begleiten. Erste Ansätze möchten wir Ihnen auf unserer Tagung vorstellen.

Anmeldung:

Frau Viola Huskic
Sekretariat Dr. M. Schouler-Ocak
Psychiatrische Universitätsklinik der Charité
im St. Hedwig-Krankenhaus
(Klinikdirektor: Prof. Dr. A. Heinz)

Große Hamburger Straße 5 – 11

10115 Berlin

Tel.: (030) 2311 2797

Fax: (030) 2311 2787

E-Mail: V.huskic@alexius.de

Internet:

<http://www.charite.de/psychiatrie/forschung/migration.htm>

!

Qualifizierungen

Seminarreihe:

INTERKULTURELLE KOMPETENZ FÜR POLEN

Idee

Durch die Globalisierung werden NGOS aus Polen und aus Deutschland immer wieder aufs Neue herausgefordert. Ihre Mitarbeiter brauchen ein breites Spektrum von Schlüsselkompetenzen sowie die Fähigkeit, mit aktuellen und potentiellen Projektpartnern aus verschiedenen Ländern und Kulturen effizient kommunizieren zu können. In jeder Kultur kommen die Einstellung zur Autorität, zur Bürokratie, zur Wahrheit und Verantwortung, sowie die Sichtweisen auf Kreativität und Kollegialität auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck.

Die Fähigkeit, Kulturunterschiede, Vorurteile und Barrieren in der internationalen Zusammenarbeit zu erkennen und mit ihnen umzugehen, sowie die Fähigkeit, gemeinsame Spielregeln zu bestimmen, sind entscheidend für die Bildung des Vertrauens in der Gruppe, sowie für die erfolgreiche Durchführung von gemeinsamen Projekten. Um Kontakte mit Organisationen aus Polen bzw. Deutschland zu erleichtern oder um das Zusammenarbeiten innerhalb eines bereits bestehenden deutsch-polnischen Teams zu verbessern und effizienter zu gestalten, organisieren wir eine Reihe von interkulturellen Seminaren, die Entwicklung von Kompetenzen, die in einem multikulturellen Kontext unabdingbar sind, zum Ziel haben.

Ziele der Seminare

Das Hauptziel unserer Seminarreihe ist Vermittlung von Wissen über die Kultur der Herkunftsländer von aktuellen und künftigen Projektpartnern. Es ist für uns von großer Bedeutung, dass unsere Teilnehmer erkennen, dass die Klischeevorstellungen, unterschiedliche Reaktionen und Verhaltensweisen jeweils in einer bestimmten Kultur ihre Wurzeln haben und dass dies enorme Konsequenzen für die internationale Zusammenarbeit haben könnte. Wir wollen unseren Teilnehmern zeigen, wie sie mit diesen Unterschieden kreativ und effizient umgehen können. Das weitere Ziel besteht in der Vermittlung von psychologischen Prinzipien der Gruppendynamik, insbesondere in einem multikulturellen Team und in der Beratung in konkreten Verhandlungssituationen im internationalen Kontext.

Termine

Trainings in Berlin (auf Deutsch):
01-02.03.2010 und 26-27.03.2010
(Sprachenzentrum Berlinek, Dahmannstraße 1 A)

Trainings in Polen (auf Polnisch):
12-13.03.2010 in Breslau
(Wroclawskie Centrum Wspierania Organizacji Pozarządowych SEKTOR 3, ul. Legnickiej 65)

Ein gemeinsames Training (auf Deutsch und Polnisch):
16.-17.04.2010 (Berlin) in der Galerie miejsce/Der Ort, Berliner Straße 165).
Anmeldeschluss ist jeweils drei Tage vor dem angegebenen Termin.

Programm als Download:

http://www.vik-ev.eu/Bilder/vik_Programm.pdf

Kontakt:

Verein für Interkulturelle Kompetenzen
Motzstraße 22
10777 Berlin
Tel.: (030) 81013213
Fax: (030) 81013214

E-Mail: mail@vik-ev.eu
Internet: <http://www.vik-ev.eu>

Fortbildung

INTERKULTURELLE(R) BEGLEITER(IN) DER KINDER- UND JUGENDARBEIT

**Modulare Vollzeit-Fortbildung des Integrationswerk
RESPEKT e. V. und Baumann Bildung u. Qualifizierung (BBQ)**

Nächster Einstiegstermin: 17. März 2010

Dauer: ca. 6 Monate (6 Module)

Zielgruppe:

Lehrer(innen), Erzieher(innen), Sozialarbeiter(innen), Psycholog(inn)en mit und ohne staatlicher Anerkennung, sowie Hochschulabsolvent(innen)en anderer Fachrichtungen mit Erfahrungen in bzw. mit Interesse an der Migrationsozialarbeit und/oder der Kinder- und Jugendarbeit. Auch Nichtakademiker mit praktischer Erfahrung.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Interkulturelle Kommunikation und persönliche Entwicklung,
- Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg,
- Allgemeine Grundlagen und Methoden der Pädagogik
- Vergleich verschiedener Konzeptionen: u. a. Freinet, Freire, Fröbel, Makarenko, Montessori, Pestalozzi, Waldorfpädagogik
- Aspekte der Interkulturellen Jugend- und Elternberatung,
- Rechtliche Grundlagen und Projektkonzeption

Fördermöglichkeit:

Förderung über Agentur für Arbeit, JobCenter, Rentenversicherung, Berufsgenossenschaften oder Selbstzahler.zertifiziert nach: DIN EN ISO 9001:2008 und AZWV.

Schulungsort:

Haus "Pangea", Trautenastraße 5, 10717 Berlin

Kontakt:

Integrationswerk RESPEKT e. V., Frau Yulia Levina
Fechnerstraße 5, 10717 Berlin
Tel.: (030) 29 03 11 25, Fax: (030) 29 03 11 26
E-Mail: respektberlin@gmx.net

Verkehrsanbindung: U-Bhf. Blissestraße (U7), Bus 104 und 249

Qualifizierungen

Ab 12.04.: LIFE e. V:

MIT ENERGIE IN DIE BERUFLICHE ZUKUNFT

Qualifizierung für Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund

Anmeldung ab sofort möglich.

Ein ingenieurwissenschaftliches Studium abgeschlossen, eine technische Ausbildung absolviert, im Heimatland Berufserfahrungen gesammelt - und in Deutschland? Welche Berufsperspektiven gibt es hier? Diese Frage stellen sich viele Migrantinnen mit ingenieur- und naturwissenschaftlichem Hintergrund, denn trotz hoher fachlicher Kompetenzen sind die Chancen auf einen Arbeitsplatz schlecht.

Unser Programm „Mit Energie in die berufliche Zukunft“ richtet sich gezielt an Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund, die im Bereich erneuerbarer Energien (Solar- und Windenergie, Biomasse) einen Arbeitsplatz finden oder sich neue berufliche Perspektiven erarbeiten wollen.

Wir unterstützen Sie durch:

- Ermittlung individueller Kompetenzen und Stärken
- Qualifizierung in Erneuerbaren Energien
- Erarbeitung einer Bewerbungsstrategie
- Vermittlung von Berufserfahrung und Berufskontakten
- Beratung und Online Coaching

Das Programm dauert 8 Monate, die Teilnahme ist kostenlos.

Beginn: 12. April 2010

Bewerbung ab sofort möglich

Das Projekt ist Teil des Kompetenzzentrums KUMULUS PLUS, in dem elf Beratungs- und Bildungsträger zusammenarbeiten.

Informationen und weitere Termine erhalten Sie bei:

LIFE e. V
Dircksenstraße 47
10178 Berlin

Magdalena Adamczyk-Lewoczko
Tel. (030) 308798-19
E-Mail: adamczyk@life-online.de

Projektleitung: Andrea Simon
E-Mail: simon@life-online.de

Internet: <http://www.life-online.de>

IKB:

INTERKULTURELLE BERUFSBERATUNG

Beratung und Orientierung für Migrantinnen über 25

Wir sind Partner im Kompetenzzentrum KUMULUS-PLUS.

IKB berät über 25-jährige Migrantinnen und Migranten in allen Fragen, die mit Arbeitslosigkeit und beruflicher Bildung zu tun haben.

Das Projekt bietet in deutscher und türkischer Sprache folgende Angebote:

- Informationen zu Weiterbildung, Umschulung und Beruf
- Beratung und Orientierung für die berufliche Entwicklung
- Individuelle Arbeits- und Bildungsberatung
- Vermittlung von Qualifizierungs- und Bildungsangeboten
- Vermittlung von Arbeitsangeboten
- Hilfe bei der Bewerbungserstellung

Wir verstehen uns hierbei als ergänzendes Angebot zu den öffentlichen Institutionen.

Unser Angebot ist selbstverständlich kostenlos.

Hier gibt es Infos zu uns im Internet:

Kumulus Plus - IKB: <http://www.kumulus-plus.de/>
und TBB - IKB: http://tbb-berlin.de/?id_menu=18&id_submenu=32

Kontakt:

Boppstraße 10
Aufgang 3 / 3.OG
10967 Berlin

Berrin Alpbek
Tel.: (030) 23 62 33 - 25

Ersoy Sengül
Tel.: (030) 23 62 33 - 27
Fax: (030) 61 40 29 94

E-Mail: ikb@tbb-berlin.de

Qualifizierungen

Ab 1.09.2010, Stiftung Naturschutz Berlin:

FREIWILLIGES ÖKOLOGISCHES JAHR Helfen und Lernen im Natur- und Umweltschutz Bessere Chancen für Ausbildung und Beruf

Bewerbungen ab sofort möglich!

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) ist für junge Leute zwischen 16 und 27 Jahren:

- Sie sammeln praktische Erfahrungen im Arbeitsleben,
- sie nutzen die Zeit zwischen Schule und Ausbildung (oder Studium) und qualifizieren sich weiter,
- sie sind vielleicht ohne Ausbildungsplatz und machen sich fit für den Arbeitsmarkt.

Oder sie sind junge Männer, die als Kriegsdienstverweigerer das FÖJ als Ersatz für den Zivildienst leisten wollen. Und: sie alle tun etwas für den Schutz von Natur und Umwelt.

Das FÖJ bietet

- Mitarbeit in interessanten Projekten und Betrieben:
- Umwelterziehung in der Kita oder Waldschule
- Landschaftspflege und ökologischer Gartenbau
- Einzel- und Großhandel mit ökologischen Produkten
- Umweltanalytik im Labor
- Beratung und Öffentlichkeitsarbeit im Umweltverein
- Marketing für Klimaschutz und erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Geothermie)
- Tierpflege auf dem Kinderbauernhof

Bildung und Berufliche Orientierung:

- Kennenlernen von Berufen
- Erproben eigener Fähigkeiten
- Erwerben neuer Kenntnisse
- Stärken wichtiger Kompetenzen für das Arbeitsleben
- Entwickeln von Zukunftsperspektiven
- Vorbereiten der Berufswahl
- Verbessern der Chancen für Ausbildung und Beruf

Soziale Absicherung:

- 355 € Taschengeld (inkl. Zuschuss für Unterkunft/ Verpflegung)
- Versicherungen (Kranken-, Arbeitslosen-, Renten-, Pflege-, Unfall-)
- Kindergeld

Meric Körg, ein türkischstämmiger Jugendlicher, meint dazu:

Das Freiwillige Ökologische Jahr, das „Gönüllü Ekoloji Yılı“, hat meine Erwartungen weit übertroffen. Fähigkeiten, die im Berufsleben verlangt werden, kann man in einem „unbedrohten“ Rahmen erwerben. Das Arbeiten und Lernen mit einer Gruppe motivierter junger Menschen ist für jeden eine wertvolle Erfahrung.

Das FÖJ beginnt in jedem Jahr am 1. September. Einsatz und Tätigkeiten orientieren sich an den Wünschen und Fähigkeiten der Teilnehmenden. Die Jugendlichen haben einen festen Ansprechpartner an Ihrem Arbeitsplatz, von dem sie im Arbeitsalltag angeleitet werden. Die Stiftung Naturschutz Berlin als Trägerorganisation ist für die Betreuung und Beratung der FÖJler zuständig. Zudem organisiert sie während des Jahres für die jungen Leute Bildungsseminare zu Umweltthemen sowie Arbeitstreffen zur Berufsfindung.

Jugendliche aller Kulturen und Herkunftsnationalitäten sind willkommen!

Der Schulabschluss spielt keine Rolle.

Bewerbungen ab sofort!

Bewerbungsunterlagen (mit Motivationsschreiben, Lebenslauf, Lichtbild und Kopien der letzten beiden Zeugnisse) bitte an folgende Adresse:

Stiftung Naturschutz Berlin
- Projekt FÖJ -
Potsdamer Straße 68
10785 Berlin

Tel.: (030) 26 39 41 40

Weitere Informationen sowie einen online-Bewerbungsbogen finden Sie unter:

<http://www.stiftung-naturschutz.de>

Qualifizierungen

TUH e.V., Qualifizierung:
KINDERERZIEHUNGSHelfER/-IN“
 Fortbildung startet am **03.05.2010**

Beginn: 03.05.2010 – 15.07.2010
Dauer: 2 1/2 Monate inkl. 2 Wochen Praktikum

Bilinguale Einführung in die Freizeitarbeit mit Kindern und Jugendlichen

Der TUH e.V. Türkische Unternehmer- und Handwerker bezieht sich auf die (Re-Integration) von Menschen ausländischer Herkunft. Wir möchten sie am Leben in Deutschland teilhaben lassen und in die deutsche Arbeitswelt einbeziehen. Dadurch sollen sich bei den Personen Zukunftsperspektiven entwickeln, indem sie Interessen und Fähigkeiten erkennen und entwickeln.

Aufbau und Ziel der Qualifizierung

Die aus der Zweisprachigkeit hervorgehenden Stärken der Teilnehmer/Innen bilden die Grundlage dieser Qualifizierung. Die Potenziale genutzt und gezielt gefördert. Durch eine Kombination von verschiedenen Fachterminologie, der fachlichen Qualifizierung zur Kindererziehungshelfer/in sowie dem Training sozialer Kompetenzen werden die Integration gefördert und die Chancen der Zielgruppe auf dem Arbeitsmarkt deutlich erhöht. Eine direkte Vermittlung in Arbeit wird angestrebt.

Qualifizierung zum Pflegeassistenten

Interkulturelle Kindererziehungshelfer/In
 Der Bedarf an „Interkulturelle Kindererziehungshelfer/In“ wird aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft stark zunehmen. Somit sind die Arbeitsplatzperspektiven für die Teilnehmer gut.

Inhalte der Qualifizierung zum „Interkulturelle Kinderbetreuung“

- Profiling und Standortbestimmung
- Grundlagen der Psychologie des Kindes und Jugendalters
- Gesundheitserziehung, Pflege von erkrankten Kindern
- Ernährung, Umgang mit Lebensmitteln
- Rechtsgrundlagen
- Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen
- Drogenprävention
- Freizeitangebote
- Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendarbeit
- Beschäftigungsmöglichkeiten mit Kindern und Jugendlichen
- Ersthelfer-Lehrgang
- Die Qualifizierung beinhaltet ein 2-wöchiges Praktikum.

Voraussetzungen:

- Mindestens Hauptschulabschluss
- Körperliche und geistige Belastbarkeit
- Soziale Kompetenzen
- Bereitschaft zur ständigen eigenen Weiterbildung
- Flexibilität, Kreativität
- Grundkenntnisse in Deutsch
- Verantwortungsbewusstsein
- Langjährig Arbeit suchende Frauen und Mütter

Abschluss:

Zertifikat: „Interkulturelle Kinderbetreuung“

Ansprechpartner

Fr. Dr. Parchmann
 Rufen Sie uns an. Wir beraten Sie gern.

TUH e.V. Berlin
 Türkische Unternehmer und Handwerker e.V.
 Neukölln
 Rollbergstraße 70
 12053 Berlin

Kreuzberg
 Oranienstraße 25
 10999 Berlin

Telefon: (030) 627 212 31
 Fax: (030) 627 212 35

E-Mail: info@tuh-berlin.de
 Internet: <http://www.tuh-berlin.de>

Qualifizierungen

Initiativen

FES:

KOMPETENZTRAINING FÜR POLITISCHES UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT - für Berlin-Brandenburger

Seminare und Trainingsangebote für EHRENAMTLICHE Führungs- und Nachwuchskräfte aus Vereinen, Initiativen, Verbänden und Parteien in der Region Berlin-Brandenburg.

Demokratie lebt vom Engagement der BürgerInnen in Gesellschaft und Politik.

Der gesellschaftliche Wandel hat auch die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches und politisches Engagement verändert. BürgerInnen, die Führungsverantwortung in gesellschaftlichen und politischen Organisationen übernehmen, sind mit zahlreichen neuen Aufgaben und hohen Anforderungen an ihre praktischen Handlungskompetenzen konfrontiert. Für diese Arbeit wird neben dem jeweils spezifischen Fachwissen mehr denn je das Beherrschen von grundlegenden Techniken politischen Managements wichtig. Nicht zuletzt die wachsende Rolle der Medien fordert ein hohes Maß an Professionalität auch des ehrenamtlichen/bürgerschaftlichen Engagements.

BerlinPolitik im Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet für Verantwortliche und Engagierte im Ehrenamt praxisbezogene Qualifizierungsprogramme mit professionellen TrainerInnen in kleinen Gruppen an. Zum Beispiel:

Freitag, 16. und Sonnabend, 17. April 2010:

Der öffentliche Auftritt - stringent und überzeugend/Rhetoriktraining (Nr.: 139965)

<http://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden?Veranummer=139965>

Freitag 4. und Samstag 5. Juni 2010

Aktive Pressearbeit für Vereine und Projekte (Nr.: 139969)

<http://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden?Veranummer=139969>

Friedrich-Ebert-Stiftung
BerlinPolitik im Forum
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Ansprechpartnerin: Marianne Joachim

Tel.: (030) 26935-7303
Fax: (030) 26935-9242

E-Mail: joachim@fes.de
Internet: <http://www.fes.de>

09.03.:

LOHN EINKLAGEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS? Der Arbeitskreis Undokumentierte Arbeit bei Verdi stellt sich vor.

In Berlin und Brandenburg leben schätzungsweise 60.000 Menschen, denen der Zugang zu einem Aufenthaltsstatus verweigert wird. Viele von ihnen arbeiten in der Dienstleistungs- und Baubranche oder in privaten Haushalten für Löhne von 1 bis 2 Euro pro Stunde. Entsprechend sind die daraus resultierenden Gewinnspannen auf der ArbeitgeberInnenseite, zumal ArbeiterInnen mit ungesichertem Aufenthalt häufig um ihren Lohn betrogen und gezwungen werden, Bedingungen in Kauf zu nehmen, die dem geltenden Arbeitsrecht nicht im Geringsten standhalten.

Der Arbeitskreis berät und begleitet Menschen ohne Papiere beim Kampf um ihre Rechte und engagiert sich in politischen Netzwerken für deren Durchsetzung.

Am 9. März stellt er seine Arbeit vor und informiert über Wege der Aushandlung von laufenden Arbeitsverhältnissen und über rechtliche Schritte. Zwei Anwälte, die die Beratungsarbeit begleiten, werden über die juristischen Fragen informieren.

Ort und Zeit:

09.03. um 19.00 in der Oranienstraße 159 (U8 Moritzplatz) in den Räumen der Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und MigrantInnen (KuB).

Weitere Informationen:

Arbeitskreis Undokumentierte

E-Mail: ak.verdi@googlemail.com

Ab März 2010 für Schulklassen/ Jugendgruppen:

7 X^{JUNG} – DEIN TRAININGSPLATZ FÜR ZUSAMMENHALT UND RESPEKT Das Ausstellungsprojekt von Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland

7 x^{jung} – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt ist eine künstlerische Ausstellung, die ein persönliches und sinnliches Nachspüren auch schwieriger Fragen ermöglicht. Sie behandelt Erfahrungen von Ausgrenzung, Antisemitismus und Diskriminierung – und sie zeigt, was man dagegen tun kann. Zugleich eröffnet sie neue Zugänge zum Nachdenken über die Zeit des Nationalsozialismus.

Die sieben verschiedenen Themenbereiche der Ausstellung inszenieren Erfahrungswelten wie *Mein Zimmer*, *Mein Sport*, *Meine Musik*, die alle zur Lebenswelt von Jugendlichen heute gehören – und die es ähnlich auch zur Zeit des Nationalsozialismus gab.

(Fortsetzung nächste Seite)

Initiativen

(Fortsetzung)

In vielfältigen künstlerischen Formen präsentieren die Themenräume biografische Episoden aus Geschichte und Gegenwart, die Erfahrungen von Antisemitismus und Diskriminierung, von Unterstützung und Selbstbehauptung schildern.

So spricht *7 x jung* die jugendlichen BesucherInnen in ihrer gegenwärtigen Situation an, berührt mit persönlichen Geschichten und Erinnerungssplintern, befördert Nachdenken und Nachempfinden und verleitet durch professionelle Technik und zeitgemäße Ausstattung zum Mitmachen.

Der Zugang zur Geschichte liegt immer in der Gegenwart, die Auseinandersetzung mit den Jugendlichen findet auf gleicher Augenhöhe statt. Ihre Lebenswelt, ihre Erfahrungen und Erlebnisse spielen eine große Rolle. Das geschieht mit dem Ziel, den kritischen Blick auf Gegebenheiten und das eigenen Verhalten, Empathie für die Mitmenschen und die Wahrnehmung von Handlungsoptionen zu entwickeln und zu stärken.

Ab März 2010 ist es Schulklassen und Jugendgruppen exklusiv möglich, an Projekttagen in der neuen Ausstellung teilzunehmen. Die Halbtagesprogramme mit kulturpädagogischer Begleitung werden speziell auf die jeweilige Gruppe zugeschnitten. Die Ausstellung richtet sich an Jugendliche ab 12 Jahren. Durch ihre Anschaulichkeit, durch die Vielfalt der Ausstellungselemente und die Unterschiedlichkeit der Zugänge ist sie für alle Bildungs- und Herkunftshintergründe geeignet.

Die Konzeption von *7 x jung* hat im Herbst 2007 begonnen. Anfang 2009 gab es das fünfwöchige Raumexperiment *Trainingsplatz*, in dem das unkonventionelle Ausstellungskonzept am Beispiel Sport mit Experten und Jugendlichen getestet wurde. Das Ausstellungsprojekt wird durch einen Beirat begleitet und vom Fritz-Bauer-Institut unterstützt.

Für Einzelbesucher wird *7 x jung* ab Mai 2010 geöffnet sein. Gesicht Zeigen! strebt an, *7 x jung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt* nach der Modellphase in 2010 über mehrere Jahre zu präsentieren und umfangreiche Aktivitäten mit Jugendlichen darin durchzuführen.

7 x jung wird durch den Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration und im Rahmen des Bundesprogramms »VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« durch das BMFSFJ sowie von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert und von der Commerzbank AG und anderen Förderern unterstützt.

Anmeldung und Beratung:

Tel: (030) 3030 808-25

Fax: (030) – 3030 808-29

E-Mail: ausstellung@gesichtzeigen.deInternet: <http://www.gesichtzeigen.de/ausstellungsprojekt>**Ausstellungsort:**

S-Bahn-Bögen 416-422

am S-Bahnhof Bellevue

Flensburger Straße 3

10557 Berlin-Mitte

Veranstalter:

Gesicht Zeigen!

Für ein weltoffenes Deutschland e.V.

Koppenstraße 93

10243 Berlin

Tel. (030) 3030 808-22

Fax: (030) 3030 808-30

Internet: <http://www.gesichtzeigen.de>

AUSSTELLUNG DURCH NEONAZI-BRANDANSCHLAG ZERSTÖRT

Spendenaufwurf für den Wiederaufbau der Ausstellung »Residenzpflicht – Invisible Borders«

In der Nacht zum 23. Januar 2010 verübte ein 16-jähriger Neonazi einen Brandanschlag auf das »Haus der Demokratie« in Zossen, Landkreis Teltow-Fläming. Der Anschlag reihte sich ein in eine Kette von Angriffen gegen die das Haus betreibende Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht«.

Vermutlich wusste der 16-Jährige nicht, dass in jener Nacht die Ausstellung »Residenzpflicht - Invisible Borders« im Haus deponiert worden war. Sie sollte in der folgenden Woche eröffnet werden. Dazu kam es nicht mehr, der Brand hat sie vollständig zerstört.

Nur das fixe Inventar des »Hauses der Demokratie« war versichert, die untergestellte Ausstellung nicht. Ohne Spenden und Zuwendungen ist ein Wiederaufbau nicht möglich. Die Neonazis, denen die Bürgerinitiative als »Volksverräter« und Asylsuchende als »Sozialschmarotzer« gelten, hätten erreicht, was sie wollten.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Anfang Februar beschloss ein Kreis von Unterstützer/innen um Philipp Kuebart, den Autor der Ausstellung, den Wiederaufbau in Angriff zu nehmen. Rund 2000 Euro Materialkosten und ein halbes Jahr unbezahlter Arbeit wurden durch den Brandanschlag zunichte gemacht.

»Residenzpflicht – Invisible Borders« war in Berlin, Potsdam und Hannover mit begleitenden Veranstaltungen gezeigt worden. Weitere Orte sollten folgen. Die Resonanz der Besucher/innen war groß, ging »Invisible Borders« doch neue Wege, die »Residenzpflicht« für Flüchtlinge darzustellen.

Mit Installationen, Architekturmodellen, Audiodokumenten und Videoperformances wurde am Beispiel der Residenzpflicht um ausgewählte Brandenburger Flüchtlingslager herum das Thema Grenzen und Raumkontrolle dargestellt. Der Fokus lag auf den Techniken zur Überwachung von Raum und Bewegung und ihrer Wirkung auf die Betroffenen. Dieser verfremdete Blick auf ein oftmals nur moralisch behandeltes Thema eröffnete neue Sichtweisen auf die Ausgrenzung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, wodurch die gesamte Gesellschaft von neuen Kontrollpraxen durchzogen wird. Was die Residenzpflicht einer Minderheit antut, schlägt auf die Mehrheit zurück.

Damit »Residenzpflicht – Invisible Borders« so bald wie möglich wieder gezeigt werden kann, benötigen wir Spenden.

Verwendungszweck: "Residenzpflichtausstellung"
Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrats e.V.
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam
Konto-Nr.: 350 1010 000
BLZ: 160 500 00

Die Ausstellung von Spendenbescheinigungen ist über den Flüchtlingsrat Brandenburg möglich. Senden Sie dafür bitte eine E-Mail mit Name und Adresse und dem Betreff "Spendenbescheinigung Residenzpflichtausstellung" an info@invisibleborders.de.

Kontakt:

Flüchtlingsrat Brandenburg
R.-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam

Tel./ Fax: (0331) 71 64 99

E-Mail: info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
Internet: <http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de>

MRBB, Aufruf:

ERSTELLUNG EINES LANDESAKTIONSPLANES GEGEN RASSISMUS UND ETHNISCHE DISKRIMINIERUNG (LAPGR)

Frist: **05.03.2010**

Die Landesstelle für Gleichberechtigung –gegen Diskriminierung (LADS) erstellt im Auftrag des Senats einen Entwurf für einen Landesaktionsplan gegen Rassismus (LAPgR). Der LAPgR wird im Dialog zwischen Landesregierung, Verwaltung und Berliner zivilgesellschaftlichen Akteur/innen entstehen. Um der NGO-Stimme ein kraftvolles und selbstbewusstes Gewicht zu geben, brauchen wir ein starkes Bündnis.

Deswegen ruft der Migrationsrat Berlin Brandenburg als Dachverband von über 70 Migrant/innenvereinen alle Berliner NGOs auf, Empfehlungen aus dem eigenen Tätigkeitsbereich zusammenzutragen. Ziel ist es, per Senatsverwaltungen oder/und per Themen und Arbeitsgebiete, Diskriminierung und Rassismus zu melden, damit Handlungsinstrumenten zur Öffnung der Verwaltung entwickelt werden können.

Die Empfehlungen sind bis zum 05.03. an den MRBB zu senden, damit wir sie allen NGOs in der Tagung am 25.03.2010, 9-17 Uhr, in der Alte Feuerwache e.V., Axel-Springer-Straße 40/41, 10969 Berlin-Kreuzberg (Eingang über die Oranienstr.) zur Verfügung stellen können.

Zudem wird uns die LADS Mitte März ihren Entwurf übersenden, den wir allen NGOs, die sich bei uns gemeldet haben, per Mail weiterleiten werden. Am 25.03 werden wir die bisher eingegangenen Beiträge der NGOs und den Entwurf der LADS gemeinsam diskutieren.

Die Ergebnisse der Tagung und die Empfehlungen der NGOs werden vollständig dokumentiert und machen die Expertise für den LAPgR aus. Sie sind unsere Forderungen an die Senatsverwaltungen und werden in den Entwurf separat aufgenommen.

Wir laden Sie herzlich ein, bei dem LAPgR mitzumachen. Diskutieren Sie mit, bringen Sie Ihre Erfahrungen ein, formulieren Sie Ihre Empfehlungen und gestalten damit ein Stück Zukunft für ein rassismussensibles Berlin! Schicken Sie Ihre schriftliche Rückmeldung und ggf. ihre Empfehlungen an den MRBB bis zum **05.03.2010!**

Weitere Informationen zum Hintergrund und zur Arbeitsweise finden Sie im Internet unter: <http://www.mrbp.de>.

Für Rückfragen:

Migrationsrat in Berlin-Brandenburg
Geschäftskoordination
Elena Brandalise
Oranienstr. 34
10999 Berlin

Tel.: (030) 61658755, Fax: (030) 61658756

E-Mail: info@mrbp.de, Internet: <http://www.mrbp.de>

Aus Projekten und Vereinen

Jugendmigrationsdienste:

INFORMATION ZUR HOCHSCHULBERATUNG Wechsel des Beratungsbereichs der Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) zu den Jugendmigrationsdiensten (JMD)

Die Beratung junger Zuwanderer und Zuwanderinnen, die in Deutschland die Hochschulreife erwerben, ein Hochschulstudium aufnehmen oder eine akademische Laufbahn fortsetzen möchten, wurde bei den Jugendmigrationsdiensten angesiedelt.

Die bisherigen Beraterinnen und Berater der OBS sind unter der Bezeichnung „Jugendmigrationsdienst – Hochschulberatung (GF-H)“ zu erreichen. Auch nach dem Wechsel sind sie für die Zulassung zur Förderung nach den Richtlinien Garantiefonds Hochschulbereich (RL-GF-H) für die Bildungsberatung und Ausbildungsplanung einschließlich der Beratung zur Verwertbarkeit und Anerkennung von Vorbildungen aus den Herkunftsländern zuständig.

Die Beratung durch die Berater/innen erfolgt nunmehr bei folgenden Jugendmigrationsdiensten:

AWO Landesverband Berlin e. V.

Frau Weiz, Frau Boyajian

AWO Landesverband Berlin e. V.
Fachstelle für Integration & Migration
Jugendmigrationsdienst (JMD)
Hochschulberatung GF-H
Willmannsdamm 12
10827 Berlin

Tel.: (030) 22 19 226 -10 (Weiz)
E-Mail: regina.weiz@awoberlin.de

Tel.: (030) 22 19 226 - 00 (Boyajian)
E-Mail: annette.boyajian@awoberlin.de

Fax: (030) 22 19 226 -51

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.

Frau Rüter

Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Jugendmigrationsdienst
Hochschul- und Bildungsberatung
Garantiefonds Hochschule
Schillerstraße 8
12207 Berlin

Tel.: (030) 666340801
Fax: (030) 666340803

E-Mail: i.ruether@caritas-berlin.de

CJD Berlin

Das CJD bietet jährlich 150.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 8.000 Mitarbeitenden an über 150 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision "Keiner darf verloren gehen!".

CJD Berlin
Am Karlsbad 16
10785 Berlin

Herr Gröger
Jugendmigrationsdienst im CJD Berlin
Hochschul- und Bildungsberatung
Garantiefonds Hochschule

Tel.: (030) 790 901-39
Fax: (030) 790 901-20

E- Mail: jmd.mitte1@cj-d-berlin.de

Neu:

Zum 1. November 2009 hat ein neuer Jugendmigrationsdienst (JMD) im Bezirk Steglitz-Zehlendorf in Trägerschaft des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. seine Arbeit aufgenommen. Hier werden Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund zwischen 12 und 27 Jahren beraten und unterstützt. Ziel der Arbeit ist die Förderung und Erleichterung der sprachlichen, schulischen, beruflichen und sozialen Integration der jungen Migrantinnen und Migranten.

Eine Besonderheit des neuen JMD-Standortes ist der Bereich Hochschulberatung.

Junge Zuwanderer bis 30 Jahre, die in Deutschland die Hochschulreife erwerben, ein Studium an einer Hochschule aufnehmen, fortsetzen oder beenden wollen und junge Akademiker auf dem Weg in einen qualifizierten Berufseinstieg können hier Beratung und Hilfe finden.

Beratungen sind möglich in deutsch, russisch, englisch, spanisch und französisch.

Caritas Jugendmigrationsdienst
Steglitz-Zehlendorf (Adresse siehe links)

Sprechzeiten:
Dienstag: 9.00 bis 12.00 Uhr
Donnerstag: 15.00 bis 18.00 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: (030) 666 34 800/ -801

Aus Projekten und Vereinen

MuTeS, neu:

„TÜRKISCHER DIENSTAG“ beim Muslimischen SeelsorgeTelefon

Ab dem 15. Februar 2010, 12.00 Uhr, startet das Muslimische SeelsorgeTelefon MuTeS zwei Angebotserweiterungen: den „türkischen Dienstag“ und den erweiterten 12-Stunden-Dienst.

Durch eine Vielzahl neuer Ehrenamtlicher bei MuTeS werden ab sofort alle Diensttage im Jahr mit türkischen Muttersprachlern besetzt. Konnten bisher die Seelsorge-Telefonate nur in Deutsch oder nur nach Absprache in Türkisch oder Arabisch geführt werden, können sich Anrufende jetzt sicher sein, dienstags unter der MuTeS-Rufnummer 030/ 44 35 09 821 ihr Problem neben Deutsch auch in Türkisch besprechen zu können. Darüber hinaus sind weiterhin nach Absprache zu bestimmten Terminen Gespräche auf Arabisch, Türkisch, Urdu, Marokkanisch, Englisch, Französisch und Spanisch möglich.

In Krisensituationen greifen Menschen automatisch auf ihre Muttersprache zurück, da sie sich so differenzierter ausdrücken können. Ismet Misirlioglu, Geschäftsführer des Berliner Büros des MuTeS-Trägervereins Islamic Relief, ist selbst türkischer Abstammung: „Mit der Einführung des „türkischen Dienstages“ verbessert MuTeS sein Angebot vor allem für die ältere, häufig schlecht deutsch-sprechende Generation, der in Berlin lebenden Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Auch neu nach Deutschland gezogene Türiinnen und Türken haben häufig großen seelsorgerischen Gesprächsbedarf, ohne diesen gleich in deutscher Sprache formulieren zu können.“ Der „türkische Dienstag“ soll mit Anzeigen und Spots in türkischsprachigen Medien und Plakaten vor den Geschäften, Cafés, Moscheen und Vereinen der türkischen Community beworben werden.

Mit Abschluss des zweiten Ausbildungskurses mit 20 neuen TelefonSeelsorgern Ende Januar 2010 arbeiten nun insgesamt 42 Ehrenamtliche Berlinerinnen und Berliner, die ihre kulturellen Wurzeln in neben Deutschland in 13 weiteren Ländern haben, beim Muslimischen SeelsorgeTelefon.

Geschäftsführer Imran Sagir kann den Dienstplan deswegen ausdehnen:

MuTeS ist nun ab dem 15.02.2010 täglich von 12 – 24 Uhr erreichbar (statt zuvor 8 Stunden täglich).

MuTeS will durch sein anonymes, telefonisches Hilfsangebot dort Vertrauen aufbauen, wo Menschen islamischen Glaubens eine weitverbreitete Hemmung haben, sich mit ihren Problemen Institutionen, ihren Mitmenschen oder den eigenen Verwandten zu öffnen. MuTeS möchte die Sprachlosigkeit der Anrufer überwinden und helfen, Probleme gewaltfrei zu lösen.

MuTeS ist ein multireligiöses Kooperationsprojekt zwischen den drei Hilfswerken Islamic Relief in Deutschland e.V. als Träger und dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. (DWBO) und dem Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V..

Insgesamt wurden bei MuTeS seit dem 01.05.2009 über 1.200 Seelsorge-Telefonate geführt.

Muslimisches SeelsorgeTelefon
Geschäftsführer: Herr M. Imran Sagir
Geschäftsstelle Tel.: (030) 44 35 09 80

Muslimisches SeelsorgeTelefon
Postfach 58 02 51
10412 Berlin

Seelsorge-Nummer: (030) 44 35 09 821

E-Mail: info@mutes.de
Internet: <http://www.mutes.de>

AWO Begegnungszentrum PROGRAMM MÄRZ 2010

Dienstags, 11.00 -14.00 Uhr

Die Handarbeitsgruppe „Bunte Kreationen“ unter Anleitung von Piera Delpopolo trifft sich wieder regelmäßig, jede Woche.

Ort: AWO Begegnungszentrum

10.03., Mittwoch, 11.00 – 12.30 Uhr

Infoveranstaltung zum Thema „Frauenherzen schlagen anders“ in Kooperation mit dem Feministischen Frauen Gesundheitszentrum (FFGZ).

Dozentin: Christina Sachse.

Ort: AWO Begegnungszentrum

Mittwochs, 10.30–11.30 Uhr

„Gemeinsam bleiben wir fit – lauf einfach mit!“ Mittwochs wird unsere freiwillige Helferin Karla alle anleiten, die mit uns gemeinsam 3000-Schritte-Extra mitmachen.

Treffpunkt: AWO Begegnungszentrum

16.03., Dienstag, „Treffpunkt der Kulturen“

Treffpunkt: 10:50 Uhr am U-Bahn Kottbusser Tor vor dem Blumenladen i.d. Zwischenetage

Im März besuchen wir den Bundesrat in der Leipziger Str. 3-4, 10117 Berlin und bekommen um 11.45 Uhr eine Führung. Teilnahme ist nur mit verbindlicher Anmeldung bei Frau Bartel möglich. Tel. 69 53 40 51. „Treffpunkt der Kulturen“ ist eine Kooperation mit dem Seniorenamt Friedrichshain-Kreuzberg.

(Fortsetzung nächste Seite)

Aus Projekten und Vereinen

(Fortsetzung)

24.03., Mittwoch, 11.00 – 13.00 Uhr

Infoveranstaltung zum Thema „Schlafstörungen“ mit türkischer Übersetzung in Kooperation mit dem Feministischen Frauen Gesundheitszentrum (FFGZ).

Dozentin: Katarina Schneider

Ort: AWO Begegnungszentrum

Regelmäßige Gruppentreffen im Begegnungszentrum**Sonntags und Montags, 12.00- 17.00 Uhr**

Türkischsprachige Rentnergruppe trifft sich zum Spielen und zum Plaudern.

Ort: AWO Begegnungszentrum

Dienstags, 14.00 Uhr

Spanischsprachige Rentnergruppe trifft sich zum Spielen und zum Plaudern.

Ort: AWO Begegnungszentrum

Donnerstags, 15.00-18.00 Uhr

Dobar Dan Gruppe, Rentner aus dem früheren Jugoslawien treffen sich alle zwei Wochen.

11.03.; 25.03.; 08.04.; 22.04.;

Ort: AWO Begegnungszentrum

Freitags, 17.00-21.00 Uhr

Griechischsprachige Rentnergruppe trifft sich zum Plaudern, Essen und Tanzen.

Ort: AWO Begegnungszentrum

Kontakt:

AWO Begegnungszentrum
Adalbertstraße 23A
10997 Berlin-Kreuzberg

Weitere Auskünfte bei

Filiz Müller-Lenhartz (030) 6953 5613

oder

Susanne Koch (030) 6953 5619

und unter:

<http://www.begegnungszentrum.org>

und

<http://www.bunteskreuzberg.de>

ARKASU e.V., Gesundheitsetage:

PROGRAMM FÜR DAS JAHR 2010

Montag	Dienstag	Mittwoch
11.30 – 12.30 Uhr Praktische Gesundheitsberatung Thaimassage (nach Terminvereinbarung) Kursleiterin: Pia Kopp	10.00 - 11.30 Uhr* Fitnessgymnastik / Aerobic Kursleiterin: Goda Gelfort	10.00 – 12.00 Uhr Gesundheitsinformationen aus dem Internet
14.00 – 15.30 Uhr Frauenschwimmen im Spreewaldbad Kursleiterin: Pia Kopp	12.00 - 13.30 Uhr* Gesundheitsgymnastik Kursleiterin: Pia Kopp	11.30 – 13.00 Uhr Radfahrkurs Kursleiterin: Pia Kopp
15.30 – 17.00 Uhr Frauenschwimmen im Spreewaldbad (mit und ohne Kinder) Kursleiterin: Pia Kopp	14.00 – 15.00 Uhr Praktische Gesundheitsberatung Fußreflexzonenmassage (nach Terminvereinbarung) Kursleiterin: Pia Kopp	16.30 – 18.00 Uhr Kreatives Gestalten mit Ton und Farben (Kunsttherapie) Kursleiterin: Barbara Stellbrink
16.00 – 17.30 Uhr Yoga / Entspannungsgymnastik Kursleiterin: Barbara Bosch	16.00 – 17.30 Uhr Orientalischer Tanz - Training für Körper, Geist und Seele Kursleiterin: Jacqueline Tauli	20.00 – 21.30 Uhr Capoeira Kursleiterin: Shirley Rodrigues
	18.00 – 19.30 Wen Do Selbstverteidigung Kursleiterin: Birgit Halberstadt	
Donnerstag	Freitag	
9.30 – 11.00 Uhr Beckenbodengymnastik (nach Terminvereinbarung) Kursleiterin: Pia Kopp	10.00 – 11.30 Uhr* Fitnessgymnastik / Aerobic Kursleiterin: Goda Gelfort	
11.00 – 13.00 Uhr Frauenfrühstück mit didaktisch orientierter Ernährungsberatung	10.00 – 12.00 Uhr* Gesundheitsinformationen aus dem Internet	
13.00 – 15.00 Uhr Selbsthilfegruppe für von Brustkrebs betroffene Frauen	10.00 – 12.00 Uhr * Gesundheitsprechstunde (Naturheilkunde) (nach Terminvereinbarung) Beraterin: Beate Friede	
13.30 – 15.00 Uhr* Gesundheitsgymnastik Kursleiterin: Pia Kopp	16.30 – 18.00 Uhr Wen Do für Mädchen von 7-10 Jahren Kursleiterin: Inken Waehner	
16.00 – 17.00 Uhr * Praktische Gesundheitsberatung Feldenkrais (nach Terminvereinbarung) Kursleiterin: Pia Kopp		
17.00 – 18.30 Uhr* Wirbelsäulengymnastik mit afrikanischen Rhythmen (afrikanischer Tanz) Kursleiterin: Claudia Gärtner		

* mit Kinderbetreuung

Zusätzlich finden regelmäßig Informationsveranstaltungen und Gruppenangebote zu gesundheitlichen und migrationsspezifischen Fragen statt. Freizeitaktivitäten und offene Sprechstunden werden ebenfalls kontinuierlich angeboten. Die Termine werden in den Räumlichkeiten von AKARSU e.V. rechtzeitig bekannt gegeben oder können telefonisch erfragt werden. Sozialberatungen, psychosoziale Beratungen sowie weitere Gesundheitsberatungen nach Terminvereinbarung.

AKARSU e.V.

Oranienstraße 25, 2. Aufg., 2. OG
 10999 Berlin-Kreuzberg

Tel: 61 67 69 – 30 / 32 / 33

Fax: 614 015 33

E-Mail: gesundheitsetage@akarsu-ev.de

Internet: [http:// www.akarsu-ev.de](http://www.akarsu-ev.de)

Aus Projekten und Vereinen

Mediathek der RAA Berlin NEUE PROJEKTKOFFER



Material- und Projektkoffer zum Thema Islam

Ein Material-"Koffer" mit Büchern, DVD's und Arbeitsmaterialien zum Thema "Islam" für Erwachsene, Jugendliche und Kinder verschiedener Altersstufen. Er wurde zusammengestellt, um durch eine Vertiefung der Kenntnisse über diese Religion die Integration von muslimischen Kindern und Jugendlichen in der Schule und darüber hinaus zu unterstützen. Dazu enthält der „Koffer“ Medien zu den Themen Islam, die Lebenswelt von insbesondere jungen Muslimen in Deutschland und Interkulturelles/interreligiöses Lernen von Vorschule bis Erwachsenenbildung sowie geeignetes Unterrichts- bzw. Projektmaterial.

Material- und Projektkoffer zum Thema Sinti und Roma

Ein "Koffer" mit Dokumenten, Büchern, Märchen, Musikassetten und Filmen zum Thema "Sinti und Roma". Die vorgestellten Beispiele, durch die wir Sie mit dem Leben, der Kultur und dem Schicksal der Volksgruppen der Sinti und Roma vertraut machen wollen, sind nur eine Auswahl aus einer Fülle zur Verfügung stehenden Materials, das geeignet ist, den Unterricht in einer Vielzahl von Stunden zu bereichern. Wir dachten nicht an eine spezielle Stunde zum Thema "Sinti und Roma" in Sozialkunde, Geschichte oder Literatur, sondern vielmehr an eine Durchdringung des gesamten Unterrichtsgeschehens von der Grundschule an.

Außerdem finden Sie bei uns eine große Auswahl von verschiedenen Medien zu weiteren Themen:

- Rassismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Projekte dagegen
- Gewaltprävention, Mediation/Konfliktschlichtung
- Auseinandersetzung mit Vorurteilen
- Demokratieerziehung, Interkulturelle Erziehung
- Pädagogik und Schule, Ganztagschule, außerschulische Bildung
- Integration, Sprachförderung
- Globale Probleme, Eine Welt
- Fluchtproblematik
- Situation und Integration von Migrantinnen und Migranten
- Information über Herkunftsländer (Politik, Kultur, Religion)
- Einschlägige Belletristik und Kinderliteratur
- und viel mehr...

Das Angebot umfasst die Ausleihe sowie Information, Recherche und Beratung.

Zum Bestand der Mediathek gehören neben den üblichen Materialarten wie Büchern, Broschüren, Zeitschriften und audiovisuellen Medien auch systematisierte Tageszeitungsartikel, Projektkoffer und „graue Literatur“ - mehr als 20 000 ausleihbare Titel.

Mehr über die Mediathek unter: <http://www.raa-berlin.de>

Die Datenbank des Mediatheksbestandes mit ca. 52 000 Datensätzen (incl. Zeitschriftenaufsätze) steht den Nutzern zur Recherche zur Verfügung
<http://www.aric.de/aric/datenbanken>

Kontakt:

Mediathek der RAA Berlin
Chausseestr. 29
10115 Berlin

Tel. (030) 240 45-120/336

Fax: (030) 240 45 509

E-Mail: mediathek@raa-berlin.de

Internet: <http://www.raa-berlin.de>

Verkehrsanbindung:

U 6 „Naturkundemuseum“

Vortrag
11. März,
14.00 Uhr

**ARBEITSLOSIGKEIT
MACHT FRAUEN
KRANK!**

von Monika Fränznick vom
Feministischen

youma-Haus
WO Friedrichshain-Kreuzberg e.V. Rudolfstr. 15 B
10245 Berlin - Tel. 29049136

Aus Projekten und Vereinen**Bayouma-Haus
der Arbeiterwohlfahrt
Friedrichshain-Kreuzberg e.V.**

Interkulturelle Begegnungsstätte
in Friedrichshain-Kreuzberg
Rudolfstraße 15 b (Ecke Modersohnstraße)
10245 Berlin
Tel.: (030) 29 04 91 36 - Fax: (030) 29 04 91 29
E-Mail: bayouma-haus@awo-friedrichshain-kreuzberg.de

**Beratungsangebote für Hilfesuchende
aus Friedrichshain-Kreuzberg**

Di. 13:00-17:00 und Do. 09:00-14:00 Uhr:
Sozialberatung, Frau Prodan

Mo. 09:00 – 14:00 und Mi. 13:00-17:00 Uhr:
Sozialberatung, Herr Tablada

Di. 13:00-17:00 und Do. 09:00-14:00 Uhr:
Gesundheitsberatung, Frau Garay

Mi. 11:00 – 16:00 u. Do. 09:00 – 14:00 Uhr:
Sozialberatung für Frauen, Frau Apicella

Jeden zweiten Dienstag 17:00 – 19:00 Uhr:
Rechtsberatung durch RA Göke
(Sozial-, Aufenthalts-, Miet- und Familienrecht)
**Bitte telefonisch einen Termin vereinbaren
(29 04 91 36)**

Bei uns gegen einen Kostenbeitrag erhältlich:

- Broschüre „Berliner Arztpraxen mit Fremdsprachenkompetenz“
- sowie zwei Kochbücher: „Das Bayouma-Haus Kochbuch“ und „Nachbarn kochen im Bayouma-Haus“ mit Rezepten aus vielen Ländern.
- und die CD: „Der Garten der Hoffnung“, Kantate zum Thema Migration komponiert von Cirilo Adriazola

**Wir haben für Sie montags bis freitags
von 09:00 – 16:00 Uhr
und nach Vereinbarung geöffnet**

Weiteres Programm und Informationen unter:

<http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.awo-friedrichshain-kreuzberg.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>

Aus sicherheitstechnischen Gründen dürfen zu den
Erwachsenenkursen keine Kinder mitgebracht werden!

Ständige Angebote

Mo. 13:30 – 15:00 Uhr:
Englischkurs für Seniorinnen mit Grundkenntnissen - kostenfrei

Mo. 17:00 – 19:00 Uhr:
Tangokurs – kostenfrei -

Di. 10:30 – 16:30 Uhr:
Näh- und Schneiderkurs – ab Januar Kostenbeitrag 1,-€
Pro Termin für die Wartung der Nähmaschinen!

Di. 20:00 – 22:00 Uhr:
Salsakurs (10 Euro monatlich Kostenbeitrag)

Mi. 11:00 – 16:00 Uhr:
Traditionelle chinesische Medizin:
Akupunktur und Akupressur -
um Voranmeldung unter der Nummer 29 04 91 36 wird
gebeten! Kostenbeitrag 10,- €

Mi. 16:00 – 18:00 Uhr:
Einführung in Tanz und Bewegung mit Afro, Latin
u. Oriental Musik – Kostenbeitrag 10,- € monatlich

Do. 10:00 – 14:00 Uhr:
klassische Massage und Schröpfen mit unserer Heilprak-
tikerin. Termine bitte telefonisch vereinbaren bei Frau
Mönch unter (0173) 878 37 51. Nur für Frauen!
Kostenbeitrag 5,- €

04.03.10 und 18.32.10
Do. 11:00 – 14:00 Uhr:
Internationaler Kochkurs – Kostenbeitrag 3,- €

Do. 16:30 - 18:00 Uhr:
Spanischkonversationskurs für Anfänger mit
Grundkenntnissen - kostenfrei

So. 11:00 – 15:00 Uhr:
Vietnamesischunterricht für Kinder

Weitere Veranstaltungen im März

Vortrag von Frau Monika Fränznick vom Feministischen
Frauengesundheitszentrum (FFGZ):

"Arbeitslosigkeit macht Frauen krank" - Umgang mit
Stress, mit anschließendem Gespräch und Raum für Fra-
gen sowie Übungen zur praktischen Handhabung von
Folgeerscheinungen.

**Aus sicherheitstechnischen Gründen dürfen zu den
Erwachsenenkursen keine Kinder mitgebracht wer-
den!**

Veranstaltungen

März 2010, Literatur im Haus der Kulturen der Welt:

**WORTWELTEN/
LITERARISCHER SALON – INTERNATIONAL
Lesungen und Gespräche im März**

Das literarische Leben hat mit den Reihen WortWelten, dem Literarischen Salon – International und weiteren Lesungen einen hohen Stellenwert im Programm des Hauses. Davon kann man sich schon im März bei außergewöhnlichen literarischen Begegnungen im Haus überzeugen:

Alain Mabanckou „Black Bazar“

Lesung und Gespräch in der Reihe WortWelten

Dienstag, 2.3. 19.30 Uhr, Eintritt: 5 €/3 €

Ein Roman über die Schwarze Seele von Paris: Der Held – ein weithin respektierter Experte des weiblichen Geschlechts, der vom Gesäß einer Frau auf ihren Charakter schließen kann – muss sich damit abfinden, dass seine eigene Frau mit einer Reinkarnation von James Brown durchgebrannt ist. In der Republik Kongo geboren, arbeitete Alain Mabanckou als juristischer Berater für einen französischen Mischkonzern, bevor er sich ganz der Literatur zuwendete. Heute lebt er abwechselnd in Paris und Los Angeles, wo er an der University of California französische Literatur lehrt.

Moderation: Manfred Loimeier, Literaturwissenschaftler und Journalist

Lesung: Barnaby Metschurat

Die Reihe WortWelten lässt Autorinnen und Autoren aus aller Welt „zu Wort“ und ins Gespräch kommen. Seit vergangenerem Jahr werden in dieser Literaturreihe neue interessante und wegweisende Textproduktionen vorgestellt – vom Roman bis zum philosophischen Essay, vom Nobelpreisträger bis zur Neuentdeckung.

Die Lesung findet im Rahmen der Konferenz "Conventions and Conversions" statt. In Kooperation mit der Humboldt Universität und dem Institut Français.

Paco Ignacio Taibo II zu Gast bei Navid Kermani und Terézia Mora

Der Literarische Salon – International
Dienstag, 23.3. 20 Uhr, Eintritt: 8 €/6 €

Paco Ignacio Taibo II, 1949 in Spanien geboren und seit 1957 in Mexiko beheimatet, schreibt nach eigener Aussage Kriminalromane. Die sind aber ebenso unterhaltsame wie von großem historischen Wissen gestützte, gesellschaftskritische Werke, in denen Revolutionslegenden und Mythen des Alltags auf harte Realitäten prallen. PIT II liest aus seinem jüngst auf Deutsch erschienenen Roman „Der Schatten des Schattens“: Mexiko 1922, eine machtversessene Clique versucht, die mexikanische Golfregion den USA einzuverleiben, doch ein paar verwegene Gestalten kommen ihnen auf die Spur ...

Lesung: Andreas Jungwirth

Terézia Mora und Navid Kermani laden zum zweiten Mal in diesem Jahr zum Literarischen Salon – International. Gesprochen, gestritten und gelacht wird hier über alles Mögliche und zugleich immer über dasselbe, nämlich die Erfahrung, die Gäste und Gastgeber teilen: das Schreiben.

In Kooperation mit dem Literaturhaus Köln und dem Stadtgarten Köln, konzipiert von Guy Helminger, Navid Kermani und Terézia Mora.

Haus der Kulturen der Welt
John-Foster-Dulles-Allee 10
10557 Berlin

Öffnungszeiten: Mo - So 10 - 19 Uhr
(Ausstellungen Mi - Mo 11 - 19 Uhr)

Tel.: (030) 397 87 0
Fax : (030) 394 86 79

E-Mail: info@hkw.de, Internet: <http://www.hkw.de>

05.03., FES:

**SCHWESTERN ZUR SONNE, ZUR GLEICHHEIT
... ZUR INTEGRATION!**

Erfahrungen und Erwartungen von Frauen an Politik und Gesellschaft

Anlässlich des internationalen Frauentags am 5. März 2010 wird die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin eine Veranstaltung mit dem Titel "Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ... zur Integration! Erfahrungen und Erwartungen von Frauen an Politik und Gesellschaft" ausrichten. Diese Veranstaltung richtet sich u.a. auch an Migrant/innen.

Über die Erfahrungen und Erwartungen von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte an Politik und Gesellschaft diskutieren am 5.3.2010 ab 17.00 Uhr:

- Dilek Kolat, MdA und stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Berlin
- Aydan Özoguz, MdB und Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Lale Akgün, Diplompsychologin und Autorin
- Adnan Maral, Schauspieler

und weitere Expert/innen. Das vollständige Programm samt Anmeldeformular im Internet unter <http://www.fes.de/forumpug/inhalt/aktuell.htm>

Freitag, 5. März 2010, von 16.30 bis 19.30 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin (Haus 1)

Um Anmeldung per E-Mail oder Fax wird gebeten:

E-Mail: forumpug@fes.de
Fax: (030) 26935-9241

Veranstaltungen

05.03., szenische Lesung im HAU1:

BERLINER PROZESS 1921

Projekt : „Gemeinsame Vergangenheit: Deutschland, Armenien und die Türkei“

"Nicht ich bin der Mörder, sondern er", erklärte der junge Armenier Soromon Tehlerjan bei seiner Festnahme. Tehlerjan war davon überzeugt, dass der von ihm erschossene ehemalige osmanische Innenminister Mehmet Talaat Pascha zu den Hauptverantwortlichen für den Völkermord gehörte, den das Osmanische Reich während des Ersten Weltkrieges an seinen armenischen Bürgern verübt hatte. Ein osmanisches Militärtribunal verurteilte dafür Talaat 1919 in Abwesenheit zum Tode. Der Armenier, der quasi das Urteil vollzog, stand schon drei Monate nach seinem Attentat vor einem Berliner Schwurgericht. Es erkannte auf Schuldunfähigkeit. Der „Mördermord“ zu Berlin gab den Anstoß für die Genozidkonvention der Vereinten Nationen (1948).

In einer szenischen Lesung mit fünf Schauspieler/innen und einem Musiker aus den Herkunftsländern Armenien, Türkei, Österreich, Frankreich und Deutschland werden Auszüge aus dem stenografischen Prozessprotokoll am Kriminalgericht in Berlin als dokumentarisches Theater aufgeführt.

Dieses Protokoll erschien 1921 bei der „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik m.b.H in Berlin W 8“ im Druck. Die Herausgeberin des Reprints (1980, 1985), Dr. Tessa Hofmann, führt vor und nach der Lesung in die geschichtlichen Zusammenhänge sowie in völkerrechtliche Auswirkungen des Prozesses ein.

Durch seinen interkulturellen Ansatz möchte das Projekt zur Aussöhnung beitragen und die Verständigung zwischen den betroffenen Ländern verbessern. Das Projekt ist privat initiiert, wird ehrenamtlich geleitet und nicht-kommerziell betrieben.

Akteure der Lesung: Birte Flint, Stepan Gantralyan, Viktoria Bisco, Tuncay Gary, Margot Binder, Vincent Julien Piot

Freitag, 5. März 2010 um 19:00 Uhr (100grad Festival)

Theater Hebbel am Ufer - HAU1
Berlin-Kreuzberg
Stresemannstraße 29

Internet: <http://www.hebbel-am-ufer.de>

Weitere Informationen und Fotos zur szenischen Lesung:
<http://www.voelkermord-armenien.de/presse>

Ab 06.03., Ausstellung:

"BLICK ZURÜCK NACH VORN"

Ausstellung des Goethe-Instituts Belgrad in der Galerie im Saalbau Neukölln
Begleitende Schülerführungen zur Ausstellung

In der Ausstellung "Blick zurück nach vorn" geht es um die Reflexionen von Jugendlichen, aus den ehemaligen Bürgerkriegsregionen des Balkan

(<http://www.goethe.de/ins/cs/bel/prj/bli/deindex.htm>).

Immer wieder gab es in den letzten Jahren Konflikte um die Ausweisung jugendlicher Kriegsflüchtlinge aus Serbien und dem Kosovo, die - mit ihren Familien als Kriegsflüchtlinge gekommen - Deutschland wieder verlassen mussten, gerade auch in Neukölln.

Unabhängig davon, ob die Familien abgeschoben wurden oder ob ihre Eltern freiwillig zurückgekehrt sind, war es für die Kinder meist keine Rückkehr in die Heimat, sondern ein unfreiwilliger Neuanfang in einem für sie fremden Land. Gemeinsam ist ihnen die deutsche Sprache und, dass sie auch noch Jahre nach ihrer Ausreise Deutschland als ihre Heimat betrachten, egal ob sie Serben, Roma oder Albaner sind.

Durch das Ausstellungsprojekt bekamen sie die Gelegenheit, die Erfahrung von Verlust und Neuanfang mit künstlerischen Mitteln zum Ausdruck zu bringen.

In Zusammenarbeit mit dem südost Europa Kultur Verein bieten wir partizipative Führungen an, in der die jugendlichen Teilnehmer durch direkte Ansprache aus der Rolle des unbeteiligten Betrachters herausgelockt werden. Mittels Gruppenspiel werden die Besucher mit Themen wie "Heimat-Verlust", Vertrauen und Integration konfrontiert. Die Rolle des Ausstellungsmediators übernimmt dabei Herr Andreas Guidi.

Anmeldungen und Terminabsprache über 90239-3779 (Frau Dils).

Ausstellungseröffnung am 5.3.2010 um 19:00 Uhr.

6. März - 04. April 2010

Ort: Galerie im Saalbau, Karl-Marx-Straße 141, 12045 Berlin. (U7 Karl-Marx-Straße)

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.kultur-neukoelln.de/galerie-im-saalbau-programm-veranstaltung-567.php>

15.03., Aktionswoche gegen Rassismus:

GESICHT ZEIGEN!

**Salon anlässlich der Aktionswoche gegen Rassismus
"Spielzeugland" Filmvorführung und -gespräch**

Ort:

Gesicht Zeigen! Geschäftsstelle
Koppenstraße 93, 10243 Berlin

Anlässlich der Aktionswoche gegen Rassismus zeigen wir den Oscar-prämierten Kurzfilm "Spielzeugland". Durch den Abend führt der Moderator Jörg Thadeusz. Der Regisseur Jochen Alexander Freydank steht im Anschluss zur Filmvorführung zum Gespräch zur Verfügung.

Zum Film: "Spielzeugland" spielt 1942 in Nazideutschland: Den Jungen Heinrich Meißner, ein deutsches Kind, verbindet mit dem jüdischen Nachbarsjungen David Silberstein eine enge Freundschaft. Als die Deportation der Familie Silberstein bevorsteht, lässt Heinrichs Mutter ihren Sohn glauben, dass sein Freund mit seiner Familie ins "Spielzeugland" reist. Heinrich fasst den Entschluss, seinem Freund dorthin zu folgen und verschwindet heimlich.

Eintritt frei!

Anmeldung erforderlich unter: kontakt@gesichtzeigen.de

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Koppenstraße 93
10243 Berlin
Tel: (030) 3030808-0
Fax: (030) - 3030808-30

E-Mail: kontakt@gesichtzeigen.de

Internet: <http://www.gesichtzeigen.de>

Seit Februar:

NEUER NEWSLETTER

**Elektronische Informationen des Berliner Bündnisses
gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsaus-
beutung erhältlich**

Seit Februar 2010 gibt das „Berliner Bündnis gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“ regelmäßig einen elektronischen Newsletter heraus.

Mit dem Newsletter möchte das Bündnis regelmäßig über seine Aktivitäten berichten und über Entwicklungen in Deutschland und anderen Ländern zum Thema Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung informieren.

Die aktuelle Ausgabe des BBGM Newsletters können Sie auf der BBGM Webseite unter

http://www.gegen-menschenhandel.de/index.php?option=com_content&view=article&id=65

abrufen.

Interessierte werden auch in den Verteiler aufgenommen und erhalten den Newsletter dann automatisch bei Erscheinen. Wenn Sie den Newsletter abonnieren möchten, dann schreiben Sie bitte direkt Per E-Mail an newsletter@gegen-menschenhandel.de

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Bündnisses unter <http://www.gegen-menschenhandel.de>.

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

EPIZ Berlin:

NEUES BILDUNGSMATERIAL

DVD "Oury Jalloh"
und didaktisches Material
"Flucht und Asyl"



Die DVD und das speziell dazu entwickelte Material richten sich an LehrerInnen und außerschulische Bildungsinstitutionen, die die Themen Flucht, Asyl und Rassismus an einem aktuellen Beispiel behandeln möchten.

In seinem semidokumentarischen Film greift der junge Regisseur Simon Paetau die prekäre Lebenssituation von AsylbewerberInnen in Deutschland auf und gewann dafür 2008 den Deutschen Menschenrechts-Filmpreis in der Kategorie "Amateur". Er erzählt den diskriminierenden Lebensalltag von Oury Jalloh, einem Asylbewerber aus dem Bürgerkriegsland Sierra Leone, der 2005 unter bis heute ungeklärten Umständen in einer Polizeizelle in Dessau verbrannte. Vor wenigen Wochen hob der Bundesgerichtshof ein erstes Urteil in diesem Fall auf und ordnete an, den Prozess neu aufzurollen.

Die zugehörige didaktische Broschüre verbindet Hintergrundinfos zum Thema Flucht und Asyl mit konkreten didaktischen Beispielen für die Bildungsarbeit und den Politik-, Ethik- und Sozialkundeunterricht ab 10. Klasse.

DVD und Broschüre können beim Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationszentrum Berlin (Internet: <http://www.epiz-berlin.de/?EPIZPublikationen>) gegen eine Schutzgebühr (5€ + 2,50€ Versand) bestellt werden.

Weitere Informationen:

Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationszentrum Berlin
EPIZ. e.V.
Schillerstraße 59
10627 Berlin

Ansprechpartner:
Christian Helm, Tel.: (030) 61203954
E-Mail: helm@epiz-berlin.de

Film und didaktisches Material entstanden im Rahmen des Menschenrechtsbildungsprojektes «Dialogestan – Jugendliche für Menschenrechte» gefördert unter dem Programm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen Berlin.

Bayouma-Haus:

MEHRSPRACHIGER IMPFKALENDER ERSCIENEN

Die Interkulturelle Begegnungsstätte „Bayouma-Haus“ der AWO Friedrichshain-Kreuzberg e.V. hat einen mehrsprachigen Impfkalendar nach den aktuellen Empfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) erstellt.

Das Bayouma-Haus, gelegen mitten in einem Berliner Bezirk mit einem hohen Anteil an MigrantInnen, möchte die Erreichbarkeit von Präventionsbotschaften bei Migrantenfamilien fördern. Denn gerade diese Bevölkerungsgruppe hat unter anderem durch ihre soziale und ökonomische Stellung sowie sprachlichen Barrieren einen hohen Bedarf an Information und Beratung.

Der Impfkalendar ist in den Sprachen (deutsch, englisch, französisch, spanisch, türkisch, bosnisch, kroatisch, serbisch, arabisch, portugiesisch, vietnamesisch, russisch und italienisch) abgefasst und enthält die empfohlenen Impfungen für Säuglinge, Kleinkinder, Jugendliche und Erwachsene.

Der Impfkalendar ist eine weitere gemeinsame Aktion mit der Plan- und Leitstelle Gesundheit unseres Bezirkes zur Förderung der Gesundheit und Prävention insbesondere von sozial Benachteiligten.

Die Erstellung wurde mit freundlicher Unterstützung von Sanofi Pasteur MSD GmbH ermöglicht.

Er ist kostenlos in der interkulturellen Begegnungsstätte

„Bayouma-Haus“
Rudolf Straße 15B
Berlin-Friedrichshain

Tel.: (030) 29 04 91 36

erhältlich oder unter der Adresse <http://www.bayouma-gesundheit.de> in den oben genannten Sprachen herunterzuladen.

INFOBRIEF der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung

Aktuelle Ausgabe im Internet unter
<http://www.berlin.de/lads>.

Abonnement per E-Mail unter
antidiskriminierungsstelle@senias.berlin.de.

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Landesstelle für Gleichbehandlung
gegen Diskriminierung
Oranienstraße 106
10969 Berlin

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Zum Internationalen Frauentag

**Tahereh Kadem Hojjati:
ICH KENNE DICH, FRAU!**

Ich kenne dich, Frau, ich kenne dich gut. Ich kenne deine samtene Seele, dein großes Herz, deine warmen Hände, deinen erhabenen Blick und dein ergreifendes Lächeln. Ich kenne deine Schmerzen. Ich kenne die Quelle der Tränen in deinen Augen. Ich kenne dein hallendes Seufzen. Du scheinst gemacht aus Glas und Stein; zerbrichst du auch an der kleinsten Erschütterung, so bist du doch aus Granit.

Bist zielstrebig, gibst nie auf. Du bist ein Meer aus Güte, der wohlthuende Regen. Daheim verstrahlst du die Wärme des Lebens und geduldig verrichtest du die Arbeit. In deinem Bauch blüht Leben, aus dessen Bewegung sich der Fluss der Mutterliebe ergießt.

Ich kenne dich.

Das Lachen deiner Kinder stärkt dich, ihr Leid durchsticht dein Herz. Ihre Tränen sind die deinen.

Ich kenne dich.

Mit der Essenz deines Lebens nährst du die Frucht deiner Existenz, voller Liebe und Empathie. Eine Welt ohne dich; wie könnte sie all jene Schönheiten zu Gesicht bekommen? Du erschaffst Leben, mit der Kraft deines Daseins, Zärtlichkeit mit der Kraft deines Wortes, Liebe mit einem einzigen Blick.

Ich kenne dich.

Ich kenne deine Schmerzen. Daher, dass du gegen Unrecht, Unterdrückung und Zwänge kämpfst. Letztere nehmen die Form eines Schattens an, der sich über dein Dasein legt. Daher, dass man deine Rechte mit Füßen tritt. Daher, dass man dir dein wertvollstes Organ im Namen des Gesetzes entreißt. Daher, dass man dich mit Gewalt in einen Tchador einwickelt. Ich kenne deinen Schmerz. Daher, dass die Hände des Mannes das Blut deines Gesichtes vergießen und deinen Körper vergewaltigen. Daher, dass man dich auspeitscht. Dich steinigt.

Ja, ich kenne dich.

Daher, dass Politik und Ungerechtigkeit sich gegen die Frau verbünden. Ich kenne dich, Frau aus Afghanistan. Frau aus dem Iran. Ich kenne dich, Frau des Orients. Wie hat man den Mann über dich stellen können?

Ich kenne dich.

Man macht aus dir ein vulgäres Objekt zur Fortpflanzung. Die Last der rückständigen Zivilisationen wird dich in die Tiefen hinabreißen. Ich kenne dich, Frau dieser Welt. Man hat dich noch nicht als vollwertigen Menschen anerkannt. Ich bin glücklich auf der gleichen Seite zu stehen, deine Schmerzen zu teilen, dein Lachen, deine Tränen.

Ich kenne sie.

Im Januar 2010

Tahereh Kadem Hojjati kommt aus dem Iran. Als progressive Frau litt sie sehr unter dem dort herrschenden System. Sie hat ihren Aufenthalt mit Hilfe der Berliner Härtefallkommission erreicht (siehe auch ab Seite 5 in dieser Ausgabe) und sucht händierend eine Arbeit.

Frau Hojjati ist Teilnehmerin am Projekt "bridge Berliner Netzwerke für Bleiberecht"

(Internet: <http://www.bridge-bleiberecht.de/> oder

<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/fluechtlinge/bridge.html>)

und betätigt sich in ihrer Freizeit künstlerisch in einem Schreibzirkel. Neben diesem hat sie bereits zahlreiche weitere Texte verfasst.

Kontakt per E-Mail über die Redaktion:
newsletter@intmig.berlin.de.
